

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 87

Nov./Dez. 2017



Muss er den Koffer packen?

INHALT

Jugendhilfe von der Stadt an den Landkreis	
Soziale Gestaltungsmöglichkeit erhalten	3
Auto- und Innenstadtlobby fordert mehr Parkplätze	
Allerinsel: Parkplatz statt „Perle“	5
Diskussion um Zebrastreifen am Neumarkt	
Fehlplanung oder alternativloser Standard	7
Nachbetrachtung Bundes- und Landtagswahl	
Rechtsum – Im Gleichschritt, marsch!	8
No more heros any more – Anmerkungen zu Thaer	10
Gewerbesteuer: Erdölindustrie zahlt nicht mehr	11
Für alles, was fliegt oder vom Himmel springt	
Ausbildungsmittel Luftbeweglichkeit	12
Meldungen	14
Laternengespräche: Them belly full but we hungry	16
Aktionen: Kohle stoppen – Klima schützen	18
Ausstellung zu Klimaschutz / Klimaschutzfonds	19
Lesung: Als Hitler das rosa Kaninchen stahl	20
Pogromnacht-Erinnerung / NSU-Prozess	21
Filme zu Nationalsozialismus und Widerstand	22
Rosa-Luxemburg-Club zu „BlackRock“	24
Im Wald und auf der Heide	25
Neue Soziale Bewegungen in Celle	
BI zum Schutz vor Atomenergiegefahren	26
Kino achteinhalb	30
Termine in Politik und Kultur	31



Hallo werte Leser*innenschaft,

das letzte Heft des Jahres bietet mal wieder viel trockenen Stoff, aber wenn ihr euch unterhalten lassen wollt, solltet ihr sowieso noch etwas anderes lesen.

Wir hoffen ja immer, euch die eine oder andere Information und Einschätzung zu liefern, die ihr woanders nicht bekommt.

So versuchen wir uns auch an einer auf die Stadt bezogenen Analyse der Wahlergebnisse. Wir haben es uns ja schon seit längerem angewöhnt, von Wahlen und den daraus resultierenden Regierungen in Deutschland auch nur kleine Impulse zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Probleme zu erhoffen. Trösten wir uns mit einigen Zeilen von Jamaikas bekanntestem Künstler:

You can fool some people sometimes
But you can't fool all the people all the time
So now we see the light
We gonna stand up for our right, so you'd better

Get up, stand up, stand up for your right

Falls ihr zu Weihnachten noch Spendenbedarf habt, findet ihr unsere Kontonummer unten im Kasten.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Morlock

Soziale Gestaltungsmöglichkeiten erhalten

Wie schon im Jahr 2002 wird heute wieder über die Möglichkeit gesprochen, die Aufgaben der Jugendhilfe der Stadt Celle dem Landkreis Celle zu übertragen. Und genau wie vor 15 Jahren wird von der Verwaltung eine mögliche Verlagerung einzig unter finanziellen Gesichtspunkten diskutiert. Hierbei geht es um Beträge von 1 bis 1,5 Millionen Euro, die auf den ersten Blick zunächst eingespart werden könnten.

2002 hatte nun der Rat mehrheitlich entschieden, auf die Abgabe an den LK Celle zu verzichten; dazu seinerzeit Joachim Falkenhagen von der FDP in der Celleschen Zeitung vom 9.03.2002: „Eine Stadt wie Celle sollte sich diese sozialen Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.“ Falkenhagen gehört auch heute noch dem Celler Stadtrat an.

Hintergrund ist die desaströse Haushaltslage der Stadt. Die Übertragung der Jugendhilfe an den Landkreis war einer der Vorschläge, die vor vier Jahren herauskamen, als die „Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement“ (KGSt) im Auftrag der Stadt den Haushalt auf Sparmöglichkeiten durchsuchte.

Freiwillige Leistungen auf der Kippe

Die politischen Folgen einer Abgabe an den Landkreis wären der Verlust der Entscheidungshoheit über die städtische Jugendhilfe, die dann im Jugendhilfeausschuss des Landkreises in der Bedeutung den Landkreisgemeinden gleichgesetzt und befänden sich so außerhalb der direkten Einflussnahme der Stadt. Diese Übertragung, politisch einmal entschieden, wäre dann unwiderruflich.

Die meisten Aufgaben, die dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) der Stadt gestellt sind, sind Pflichtaufgaben. Das bedeutet, der Landkreis müsste diese weiterführen. Entscheidend an diesem Punkt ist allerdings, dass die Ausgestaltung der Leistungserbringung frei ist.

Dann gibt es Projekte und Maßnahmen, maßgeschneidert für die Stadt, die über Jahrzehnte entwickelt und aufgebaut, sich für die Stadt bestens bewährt haben, aber vom Landkreis nicht zwingend weitergeführt werden müssten.

Die Jugendhilfe der Stadt Celle ist sozialraumorientiert aufgestellt, d.h., dass in sechs Stadtteilprojekten niederschwellige Hilfen stadtteilbezogen für Kinder, Jugendliche und Familien angeboten und entwickelt werden. Diese Projekte, teils verbunden mit ambulanten und teilstationären Hilfen schon seit dem Jahr 2000 mit vier freien Trägern der Jugendhilfe (VSE, Lebenshilfe, Lobetal und Caritas) umgesetzt, werden in einem „Sozialraumbudget“ verwaltet. Überprüft werden diese Hilfen im Rahmen einer Qualitätsentwicklungsvereinbarung. Die Preissteigerungsrate dieses Budgets lag über viele Jahre unterhalb der vergleichbarer Maßnahmen.

Ergänzend hierzu gibt es weitere präventive Angebotsformen (die Betonung liegt auf „präventiv“, der Landkreis setzt da eher auf „nachsorgende“ Maßnahmen). Zu nennen sind

1. Pro Kids, Pro Kids Schule und For Youth (kriminalpräventive Gruppenangebote nicht straffälliger Kinder und Jugendlicher),
2. Lernförderung an Grundschulen (Angebot für Schüler*innen mit Teilleistungsstörung),
3. Unterstützende Sozialarbeit (flexibles Angebot für Schulen mit vielen seelisch behinderten Schüler*innen),
4. STEP-Eltern-Training (dient der Befähigung von Eltern zur Erziehung ihrer Kinder).

All diese Maßnahmen und Projekte wären bei einer Abgabe an den LK Celle außerhalb der Entscheidungsbefugnis der Stadt und könnten möglicherweise ganz entfallen, sollte der Landkreis so entscheiden.

Die Kosten der Pflichtaufgaben trügen natürlich der LK, die der präventiven Maßnahmen, sollte er diese weiterführen, würden mittelfristig über die Kreisumlage verrechnet.



Prävention oder „Nachsorge“?

Der Natur der Sache entsprechend, lassen sich die Erfolge bzw. wie sich diese präventiven Maßnahmen auswirken, nun mal nicht in Euro und Cent ausrechnen. Und so wird dem Oberbürgermeister und der Politik schwer zu vermitteln sein, dass sich letztendlich die Präventionsmaßnahmen, die seit Jahrzehnten in guter Qualität von der Jugendhilfe zusammen mit den freien Trägern angeboten werden, sich eben doch „rechnen“. Richtig teuer wird es doch für uns alle, sollten wir uns erst dann um die Kinder und Jugendlichen kümmern, wenn sie – bildlich gesprochen – in den Brunnen gefallen sind.

Den betroffenen Mitarbeiter*innen – es sind rund 70 – wird zur Zeit allerhand zugemutet. Sie bekommen keine Informationen, wie sich die Sache entwickelt. Von einer Teilhabe an Diskussionen über diese möglicherweise enormen Veränderungen kann nicht die Rede sein. Dabei

stehen bei ihnen gar nicht mal die persönlichen Arbeitsbedingungen, die sich ändern könnten, im Vordergrund; die meisten Befürchtungen von ihnen beziehen sich vor allem auf die Qualität der bestehenden Arbeitsergebnisse.

Natürlich stellen auch solche Umwälzungen, die ja möglicherweise nicht nur mit dem Auswechseln eines Bürotürschilds daherkommen, für viele eine Bedrohung dar. Deshalb sollte es eine inhaltliche Auseinandersetzung mit allen Beteiligten geben, bevor da Politik nur mit dem Taschenrechner gemacht wird.

Für unsere Stadtgesellschaft stellte es sich auf jeden Fall als eine Bereicherung dar, könnten diese über lange Jahre gewachsenen und erprobten Hilfen weiterhin angeboten werden.

Entscheidung liegt bei der Stadt

Im Finanzausschuss des Landkreises machte Landrat Wiswe zweierlei deutlich: Die Entscheidung, ob es zu einer Aufgabenübertragung komme, liege allein bei der Stadt. Wenn es dazu komme, würden in jedem Fall originäre Landkreisaufgaben der Jugendhilfe übernommen, aber – so das Protokoll: *„bei der von der Stadt durchgeführten Schulsozialarbeit könne er sich das nicht vorstellen.“*

Die SPD-Ratsfraktion hat zwischenzeitlich beantragt, *„die Jugendhilfe (Pflicht- und freiwillige Aufgaben) bei der Stadt Celle zu belassen und sie nicht (auch nicht teilweise) an den Landkreis zu übertragen.“* Zur Begründung heißt es u.a.:

„In der Stadt Celle kann und darf auf die Besonderheiten der Jugendhilfe nicht verzichtet werden. Der Bevölkerungsstruktur in der Stadt Celle muss Rechnung getragen werden und kann mit der im Landkreis nicht verglichen werden. [...] Durch die hervorragende fachliche Jugendhilfe in der Stadt Celle wurde in den letzten Jahren eine ausgewiesene Expertise erarbeitet. Nicht zuletzt auch durch präventive Angebote, wodurch soziale Verwerfungen und deren Konsequenzen minimiert wurden. Ein Beispiel hierfür ist u.a., dass es gelungen ist, die Kriminalität zu senken. Für die Mitglieder des Rates der Stadt kommt hinzu, dass die Aufgabe der Jugendhilfe ein wesentlicher Bereich der kommunalen Entscheidungen ist. Sollte die Jugendhilfe zum Landkreis wechseln, entscheidet künftig nicht mehr der Rat der Stadt über die



relevanten Angebote der Jugendhilfe in der Stadt. sondern der Kreistag.“

Andere Fraktionen haben sich öffentlich bisher nicht positioniert. Aber sollte es nicht gelingen, die Diskussion von der Finanz- auf die Fachebene zu bringen, dürfte sich eine Ratsmehrheit für die Übertragung an den Landkreis finden.

Ende Oktober stellte die Fachverwaltung im Jugendhilfeausschuss den „Jugendhilfereport 2016“ vor. Wer sich ein Bild von der Arbeit machen will, kann sich den Report herunterladen unter der Adresse:

https://celle.allris-online.de/bi/___tmp/tmp/45081036743742202/743742202/00148845/45-Anlagen/01/Jugendhilfereport2016-Onlinefassung.pdf

Einleitung zum Jugendhilfereport 2016 durch den Fachdienstleiter Georg Schäfer (Auszug):

Eine Reihe von Entwicklungen außerhalb der klassischen Jugendhilfe führen seit einigen Jahren zu Kostensteigerungen. Die Probleme schulischer Inklusion schlagen auf die Anzahl der Schulbegleitungen zurück (2015 zu 2016: Steigerung um 17 %). Familiengerichtliche Entscheidungen in deren Verlauf häufig zeitaufwendige Erziehungsgutachten in Auftrag gegeben werden, legen in vielen Fällen eine kostenintensive Unterbringung in Mutter-Kind-Einrichtungen nahe. Nach Jahren kontinuierlicher Steigerung von 2011 zu 2016 von durchschnittlich 44 % pro Jahr konnte 2016 erstmals ein Rückgang um 36 % erzielt werden. Während die klassische Heimerziehung aufgrund von Erziehungsdefiziten 2016 gegenüber dem Vorjahr nur eine Steigerung von 7 % ergab, stiegen parallel die stationären Eingliederungshilfen aufgrund seelischer Behinderung junger Menschen um 23 %. Die Zuschreibung einer seelischen Behinderung erfolgt aufgrund größerer ärztlicher und therapeutischer Kontrolldichte und verbesserter Diagnostik häufiger. [...] Seit 17 Jahren arbeiten wir nunmehr erfolgreich mit einem Sozialraumbudget, über dessen Absichten und Wirkungen bundesweit immer noch kontrovers gestritten wird 3 . In diesem Budget, das einmal aus der Umwandlung von 42 Tagesgruppenplätzen in niedrigschwellige Stadtteilprojekte mit effizient und flexibel arbeitenden Schülergruppen, Müttercafés und vielen anderen gemeinwesenorientierten Angeboten entstand, sind wir einschließlich der ambulanten Hilfen nicht nur pädagogisch erfolgreich, sondern auch finanziell. Seit 2004 sind die Kosten in diesem Budget (Umfang: 2,27 Mio €) nur um 11 % gestiegen, das ist weniger als die Preissteigerungsrate. Wir haben damit eine tragfähige soziale Infrastruktur geschaffen, die im Vorfeld teurer Jugendhilfen zur alltagsorientierten wohnortnahen Problembewältigung beiträgt.

Rahmenplanung Allerinsel: Parkplatz statt „Perle“

Seit gut zehn Jahren jeweils am dritten Freitag im September werden graue Parkflächen kurzfristig zum Leben erweckt. Zweck der Kunstaktion: Es wird aufgezeigt, wie Verkehrsflächen anders genutzt werden können. Und es wird damit auch die Frage gestellt, wie viel Fläche dem Autoverkehr eingeräumt werden soll.



In Celle ticken die Uhren anders. Hier wird gerade wieder der Schrei nach mehr Parkplätzen lauter – wenn auch nur aus bestimmten Kreisen.

„Die Innenstadt zu erreichen ist eine Chance für die Innenstadt“ – so überschrieb die FDP-Ratsfraktion im Juni einen Antrag. Darin forderte sie,

- die „sofortige Beendigung des fortwährenden Abbaus von Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum der Altstadt“,
- die „Schaffung von weiteren Stellplätzen im Bereich der Altstadt“,
- 10 bis 15 Parkplätze am Weißen Wall und
- „gebührenfreies Parken für Fahrzeuge mit E-Kennzeichen“.

In der Verwaltung dürfte dieser Antrag Kopfschütteln oder alternativ Lachanfalle ausgelöst haben, denn – so die Antwort:

„Nach derzeitigem Stand ist kein Abbau von Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum der Altstadt vorgesehen. [...] [D]er öffentliche Stellplatzbedarf [ist] gedeckt [...]. Die Schaffung weiterer Stellplätze ist deshalb nicht erforderlich. [...] Zurzeit bestehen im Bereich Weißer Wall 6 Kfz-Stellplätze, 4 Taxi-Stellplätze und 10 Fahrradstellplätze. [...] Für einen Rückbau des Weißen Wall zum Parkplatz besteht keine Veranlassung. [...] Elektrofahrzeuge sind nach geltender Parkgebührenordnung bereits von Parkgebühren befreit.“

Wohnen am Parkplatz

Tatsächlich umkämpft ist dagegen die Frage, wie viele kostenlose Parkplätze auf der Allerinsel verbleiben sollen. Nachdem in den ersten Planungen ein Parkhaus vorgesehen war, haben sich die Schützen mittlerweile „ihre Festwiese“ zurückerobert. Diese sollte ursprünglich in den Westen verlegt werden. Aber nachdem Conmetall dort jetzt doch nicht weichen will, war diese Idee sowieso passé. Aktuell sieht es jetzt so aus, dass am Eingang zur Allerinsel eine 20.000 qm große Fläche erhalten bleiben soll, auf der bis auf die paar Tage Schützenfest geparkt werden kann.

Planerisch ist das ein Witz und entwertet die Allerinsel enorm. Aus „Wohnen an der Aller“ wird „Wohnen am Parkplatz“. Im übrigen verringert sich die Anzahl der Wohneinheiten um etwa 250 auf ungefähr 500, was – nebenbei – auch negative Auswirkungen für den städtischen Haushalt hat, denn: Es können weniger Grundstücke verkauft werden und die Kosten für die Anlage und Pflege der Parkflächen bleiben bei der Stadt hängen.

Das Planungsbüro „Pesch Partner“ geht in der Anfang August vorgestellten neuen Rahmenplanung davon aus, dass von den bisher etwa 2000 kostenlosen Parkplätzen jetzt rund 700 erhalten bleiben. Das ist einzelnen Innentadtakteuren wie auch der Ratsfraktion der „Unabhängigen“ zu wenig. Harald Ruttkowski („Pro Altstadt“) meint, diese würden allein schon durch den Berufsverkehr belegt, so dass für Kundinnen und Kunden der Altstadt kostenlose Parkmöglichkeiten verloren gehen. Dies wiederum, so sein Argument, würde die Innenstadt gegenüber Märkten wie Wallach oder dem Telefunkengelände weiter ins Hintertreffen bringen. Denn die verfügten über kostenlose Parkplätze. Die Kritik führte inzwischen schon dazu, dass Stadtbaurat Kinder in Aussicht stellte, dass vielleicht im Westen der Allerinsel zusätzliche 300 Parkplätze entstehen könnten: „Wohnen zwischen Parkplätzen“.





Planung deckt Bedarf

Nachhaltige Zukunft sieht eigentlich anders aus. Auch haben die Forderungen wenig mit der Realität zu tun. Im „Integrierten Parkraumkonzept“ der Stadt Celle aus dem Jahr 2014 ist zum Schützenplatz zu lesen, dass die stadtnahen Parkflächen (knapp 500 Stellplätze) auf der Allerinsel eine durchschnittliche Auslastung von 57 % bzw. 66 % haben. Für die weiter westlich liegenden Stellflächen (200 Stellplätze) betrug die durchschnittliche Auslastung nur noch 12 %. Auch wenn die dem zugrunde liegende Erhebung 20 Jahre alt ist, wird sie durch den alltäglichen Anschein bestätigt. Und das heißt: Die aktuelle Planung deckt den Bedarf.

Unpopulär ist sicherlich folgende Frage: Was rechtfertigt eigentlich die kostenlose Benutzung öffentlicher Flächen zu Parkzwecken? Schnell kommt das Argument, dass sich die „kleine“ Verkäuferin von ihrem Lohn nicht auch noch einen Platz in einem Parkhaus leisten könne. Aber ist das ein „Problem“ der Gesellschaft? Die „Großen“ wie Saturn oder Karstadt bieten ihren Beschäftigten kostenlose Parkflächen in ihren Parkhäusern. Warum sollen die „Kleinen“ davon befreit werden, für ihre Beschäftigten Parkflächen zu mieten?

Und Platz gibt es allemal. Das schon erwähnte „Integrierte Parkraumkonzept“ sieht zwar für das Parkhaus Südwall an Werktagen eine Auslastung von 94 Prozent, aber noch deutliche Kapazitäten im Parkhaus Nordwall mit einer Auslastung von 68 Prozent: Vor allem aber steht das Parkhaus Union mit einer Auslastung von 12

Prozent praktisch leer. Über die Belegung der zum Teil kostenfreien Parkpaletten am Langensalzaplatz und am Eingang der Blumlage finden sich im Gutachten keine Aussagen. Das Fazit der Freien Planungsgruppe Berlin liest sich so:

„Die Stellplatz-Analyse im Untersuchungsgebiet ergab einen Bestand [...], der sowohl den Bedarf an privaten wie auch an öffentlichen Stellplätzen deckt. Durch die Tiefgarage Congress Union besitzt die Stadt eine Sammelstellplatzanlage in Altstadt-nähe mit freien Kapazitäten [...] Die Entwicklung des Verkehrsaufkommens ist insgesamt rückläufig, während die Einpendlerzahlen weiter steigen. Statt der Nachfrage mit neuen Stellplätzen zu begegnen, sind die bestehenden Kapazitäten effektiv zu nutzen und nachhaltige Formen des Pendlerverkehrs zu etablieren. Bausteine dafür sind eine besondere Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Fahrradverkehrs oder etwa die technische Umsetzung von Pendlerportalen für die Nutzung von Mitfahrgelegenheiten im Sinne einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung.“

Von letzterem ist in Celle bekanntlich nicht die Rede.

Aufenthaltsorte statt Parkplätze

In der Bevölkerung gibt es, wie eine repräsentative Umfrage des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) zeigt, eine starke Tendenz für eine andere Aufteilung des öffentlichen Raumes. Nur zehn Prozent der Bürger*innen sprechen sich für mehr Parkplätze und Kfz-Fahrbahnen aus. Bei den weiblichen Befragten sinkt der Wert auf acht Prozent. 87 Prozent derjenigen, die den Straßenraum anders aufteilen möchten, wünschen sich mehr Platz für aktive Mobilität und attraktive Aufenthaltsorte. Gefragt, woher der gewünschte Platz genommen werden soll, antworten 49,8 Prozent „vom Autoverkehr“ (Frauen: 55,2 Prozent). Die Studie gibt es hier: https://www.adfc.de/files/2/38/GfK_Studie_Mehr_Platz_fuer_Begegnungen.pdf



Den kostenlosen Parkplatz für Ratsmitglieder und (wie zu beobachten ist) ihre Angehörigen wird es nicht mehr lange geben. Die Stadt hat den Parkplatz und das danebenstehende Haus an einen Investor verkauft. Ein aus Sicht gemeiner Bürger*innen ärgerliches Privileg aus Zeiten, als Sitzungen noch im Alten Rathaus stattfanden, verschwindet damit endlich.

„Fehlplanung“ oder alternativloser Standard?

Der Kreisverkehr am Neumarkt sorgt seit Monaten für Diskussionen. Die Verkehrsführung und störende Fußgänger*innen würden zu vermehrten KfZ-Staus führen. Die Verwaltung nutzte die Baumaßnahme in der Hehlenstorstraße als Begründung, um im Juni kurzerhand zwei Zebrastreifen zu sperren. Wenn demnächst die Hehlenstorstraße fertig ist, entfällt die „Begründung“. Was dann? Die CZ hat sich jedenfalls schon mal positioniert: „Hau weg den Scheiß – koste es, was es wolle.“

Der Kreisverkehr war nicht unbedingt ein Muss. Ein Argument war, dass mit der Bebauung der Allerinsel eine unproblematische Möglichkeit geschaffen werden sollte, nach Norden bzw. Osten abbiegen zu können. Zwar wird sich das Verkehrsaufkommen von der und auf die Allerinsel erhöhen, aber es gibt ja auch die Biermannstraße, die gerade für den Verkehr in Richtung Norden allemal die günstigere Ausfahrt sein dürfte. Wirklich nötig war der Kreisverkehr also nicht. Und wir sind bekanntlich auch der Auffassung, dass die geplante Gegenläufigkeit des Nordwalls für die Stadtentwicklung negativ ist. Denn das bliebe als Argument für den Kreisverkehr: Wer von der Allerinsel nach Osten will, müsste die Altstadt nicht umfahren, sondern könnte mittendurch.

Jetzt aber ist der Kreisverkehr da. Und er ist umgesetzt nach den Regeln des „Merkblatt für die Anlage von Kreisverkehren“ aus dem Jahr 2006:

„Innerhalb bebauter Gebiete sollten die Überquerungsstellen als Fußgängerüberwege (Zeichen 293 StVO, „Zebrastreifen“) ausgebildet werden, um eine eindeutige und allgemein verständliche Regelung des Vorrangs zu erzielen.“ Unter Jurist*innen gilt „Soll ist muss, wenn kann“, d.h. Ausnahmen müssen äußerst gut begründet werden. Und das dürfte der Stadtverwaltung schwer fallen, denn es gilt ja auch die Straßenverkehrsordnung. Und die regelt in § 9, Abs. 3, dass es keinen Fußgängerüberweg gibt:

„Auf Fußgänger muss er [der KfZ-Fahrer] besondere Rücksicht nehmen; wenn nötig, muss er warten.“ Das wiederum heißt: Gegenüber abbiegenden Fahrzeugen sind Fußgänger somit immer bevorrechtigt.

Das Problem ist also Folgendes: Auch wenn Autofahrer*innen eigentlich nur die Hafestraße als „Ausfahrt“ betrachten, gibt es eben auch beim normalen Verkehr auf der Mühlenstraße rechtlich gesehen Ein- und Ausfahrten.

Es handelt sich also mitnichten um eine „Fehlplanung“, wie Gunther Meinrenken in der CZ kommentierte, sondern um den Standard bei innerörtlichen Kreisverkehren. Und da hilft es auch nicht, dass es sich um eine Bundesstraße handelt, wie Michael Ende meinte: „Eine Bundesstraße ist nicht hauptsächlich dafür gemacht, um von Fußgängern auf möglichst vielen benachbarten Ze-

brastreifen auf möglichst engem Raum überquert zu werden.“ Dumm nur, dass sie mitten durch eine Stadt läuft.

Ein gern bemühtes Argument ist, dass es am Neumarkt doch eine Ampelanlage gibt. Ja, aber: Diese müssen Fußgänger*innen eben nicht nutzen. Sie sind, was Verkehrsplaner*innen wissen, besonders umwegempfindlich. Umwege von mehr als 50 Meter werden kaum noch angenommen, d.h.: Die Leute gehen irgendwo anders über die Fahrbahn, als die Planer vorgesehen haben.

Was interessanterweise beim gesammelten Wehklagen keine Rolle spielt, ist das Fahrrad. Wie bitte schön, sollen Radfahrer*innen von der Allerinsel in Richtung Allerbrücke kommen? Und ist ihnen, wenn sie von Süden kommen, der Umweg über die Ampelanlage Neumarkt zuzumuten?



Die CZ setzte sich zuletzt massiv für einen Rückbau der Fußgängerüberwege ein. Das aber würde, wie sie selbst recherchierte, ein teures Unterfangen. Zum Bau waren von Seiten des Landes 860.000 Euro geflossen, von denen beim Rückbau ein Teil zurückgezahlt werden müsste. Und die Kosten für den Rückbau dürften sich auch im sechsstelligen Bereich bewegen.

Ganz kurios ist schließlich eine Äußerung von Ortsbürgermeister Tim Übermuth gegenüber der CZ: „Wir sollten die Sperrung noch ein paar Monate lang ausprobieren.“ Wie oben dargelegt, gibt es dafür keine Begründung. Aber was ist das auch für eine Logik? Bisher hat niemand evaluiert, ob es überhaupt „mehr Staus“ gibt, und auch nicht, ob dies an den Fußgänger*innen liegt? Aber das nun wiederum lässt sich in keinem Fall erkunden, wenn die Sperrung aufrechterhalten bleibt.

„Rechtsum – Im Gleichschritt, marsch!“

Bundestagswahlen liefern ein Stimmungsbild über Erwartungen von Bevölkerungsmehrheiten an „Politik“. Unstrittig dürfte insoweit sein, dass die „GroKo“ mit einer Einbuße von 13,7 %-Punkten gegenüber 2013 an Zustimmung verloren hat. Unterm Strich spiegelt sich das in Zugewinnen für FDP und AfD in Höhe von 13,8 %-Punkten. Gehen wir von den Programmen aus, finden also neoliberale Vorstellungen mit nationalem Touch einen deutlichen Zustimmungsgewinn. Das dürfte sich in der Tendenz auch im Regierungsprogramm der Jamaika-Koalition abbilden, wenn sie denn zustande kommt. Das Wähler*innen-Potenzial für eine sozial-ökologische Transformation dagegen stagniert und findet – selbst optimistisch bilanziert – bei höchstens einem Fünftel der Wähler*innen Zustimmung.

Je nach Region gibt es allerdings große Unterschiede bei allen Parteien. Werfen wir deshalb einen Blick auf das Ergebnis in der Stadt Celle. Der einzig signifikante Unterschied zum Ergebnis der Bundestagswahl liegt in der Verteilung der Stimmen zwischen SPD und DIE LINKE. In der Stadt Celle ist die SPD 4,5 %-Punkte besser und DIE LINKE 3,1 %-Punkte schlechter.

Schauen wir auf die Entwicklung seit 2009 (siehe Tabelle) ergeben sich zwar Schwankungen, die aber im alten Links-Rechts-Schema einen stetigen Zuwachs auf der Rechten ausweisen: CDU/FDP und AfD entwickeln sich von 50,4 % (2009) über 52,7 % (2013) zu jetzt 57,1 %. Also auch in unserem Städtchen nimmt hinsichtlich der Bundespolitik die Zustimmung zu einem neoliberalen Kurs mit der Würznote „Germany first“ zu.

Ein Blick auf die Situation in unterschiedlichen Wahlbezirken lässt eine Differenzierung zu, die deutlich macht, dass Wähler*innen durchaus ihren Interessen folgen:

Die CDU (und dies gilt auch für die FDP) ist in der Stadt Celle an den Rändern stark und in der Mitte schwach. Anders ausgedrückt: Wo es Wohneigentum gibt (also etwa in Groß-Hehlen, Klein-Hehlen, Boye, Garßen und Teilen von Altencelle), erzielt sie noch Ergebnisse über 40 %, und wo es verdichteten Mietwohnungsbau gibt (wie in der Heese, Neustadt, Wietzenbruch oder in Teilen von Hehlentor), liegt sie unter 30 %. Zur Verdeutlichung (nur mit bundesweiten Zahlen): Etwa je die Hälfte der Haushalte leben in



Verwählt

Wohneigentum oder zur Miete. Bei niedrigen Einkommen wohnen aber 80 % zur Miete und bei hohen Einkommen 75 % in Wohneigentum.

Bei SPD und DIE LINKE ist es dann andersrum, wobei diese Ausprägung bei der SPD zunehmend geringer wird (Ausnahme vielleicht Boye, wo sie gerade noch 12,6 % erhielt). Bei DIE LINKE sind die Ausschläge nach oben und unten dagegen viel deutlicher (Beispiel: gut 3 % in Boye und Klein-Hehlen gegen rund 9 % in der Heese).

	2017		2013		2009	
Wahlberechtigte	53772		54702		55313	
Wähler/innen	39347	73%	38188	70%	38341	69%
Gültige Stimmen	39011		37835		37927	
CDU	13615	34,9%	16356	43,2%	13617	35,9%
SPD	9707	24,9%	11280	29,8%	10636	28,0%
GRÜNE	3166	8,1%	2910	7,7%	3508	9,2%
DIE LINKE.	2394	6,1%	1906	5,0%	2759	7,3%
FDP	4066	10,4%	1693	4,5%	5503	14,5%
AfD	4602	11,8%	1901	5,0%		

Bei B'90/Die Grünen gibt es einige wenige Ausreißer, insgesamt aber in Bezug auf Wohneigentum/Miete nur eine kleine Spanne.

Am interessantesten ist aktuell die Frage, wo in unserer Stadt die AfD-Wähler*innen wohnen? Die Spannweite ist bei der AfD vergleichsweise hoch. Ihr bestes Ergebnis hat sie im WB 28 (Hölty-Gymnasium) mit 21,3 %, ihr schlechtestes im WB 31 (Sprachheilschule) mit 6,6 %. Im WB 28 Heese westlich der Bahn dürfte die Zahl der Miethaushalte bei 90 % liegen, im WB 31 (das ist Klein-Hehlen westlich der Bahn) dagegen gibt es 90 % Wohneigentum. D.h. gleichzeitig: Wo die CDU stark ist, ist die AfD schwach – und auf der anderen Seite erzielt die AfD besonders gute Ergebnisse in den Hochburgen von SPD und DIE LINKE. Jetzt liegt der Ausländeranteil im WB 28 gleichzeitig deutlich höher als im WB 31, wo er gegen Null tendieren dürfte – eben auch in Korrelation zu Wohneigentumshaushalte vs. Mieterhaushalte.

Aber schauen wir mal genauer hin. In Klein-Hehlen West und in Vorwerk gibt es jeweils zwei Wahlbezirke, die sich in der Wohneigentumsfrage deutlich unterscheiden. In dem WB 33 in Klein-Hehlen mit überwiegendem Wohneigentum erzielt die AfD 9,8 %, im direkt angrenzenden WB 34 mit Mietwohnungsbau erzielt sie 15,7 %. Ausländer*innen als direkte Nachbarn spielen hier kaum eine Rolle.

Anders ist die Situation in Vorwerk, wo im WB 44 (das ist westlich der Meudonstraße) viele Geflüchtete wohnen. Hier erzielt die AfD mit 19,9 % dann auch ihr drittbestes Ergebnis, im WB 45 (östlich der Meudonstraße) mit 13,5 % ein durchschnittliches Resultat.

Die Landtagswahl ist selbstverständlich besonders bitter für DIE LINKE. Aber auch für die politische Situation



"Kunst auch hier" – Sägemühlenstraße
Titel: "Terracotta auf braun" (Binderfarbe)

im Land. Mit einer linken Fraktion wäre eine rot-rot-grüne Regierung möglich gewesen. Was Niedersachsen jetzt mit der Großen Koalition erwartet ist ein Rechtsruck in der Flüchtlings- und Landwirtschaftspolitik.

Das Problem der LINKE in Niedersachsen sollte eigentlich seit langem bekannt sein: Es gelingt ihr nicht, die Leute, die sie bei Bundestagswahlen wählen, auch bei der Landtagswahl an die Urne zu bekommen. Aber eine Strategie der Landespartei, die das zu überwinden sucht, war erneut nicht zu erkennen.

Landesweit war das Wahlergebnis insbesondere für die CDU enttäuschend. In den beiden Celler WB hielten sich die Verluste aber in Grenzen. Bezogen auf die Stadt gab's gegenüber 2013 sogar ein leichtes Plus. Überraschend ist, dass die beiden CDU-Direktkandidaten mit minus 6,5 %-Punkten (Adasch) und minus 6 %-Punkte (Schepelmann) deutliche Verluste hatten. Für Thomas Adasch wurde es so gegen Jörg Rodenwaldt (SPD) richtig eng. In der Stadt Celle hatte Adasch eine Stimme mehr, im WB waren es 196. Bei rot-grün ist das alte Zweitstimmen-Spielchen von CDU/FDP einfach nicht etabliert – schade.

Der Vergleich zur Bundestagswahl zeigt, dass die SPD überraschenderweise in der Stadt Celle sogar von mehr Wähler*innen die Zweitstimme bekam als drei Wochen vorher – nämlich plus 15 %. Die CDU dagegen holt nur 80 % der Bundestagsstimmen, die Bündnisgrünen immerhin noch 70 %, während FDP (60 %), AfD (57 %) und LINKE (56 %) ein ähnliches Problem haben. Die Vermutung liegt nahe, dass sie sich von einer irgendwie gearteten Veränderung der Landespolitik nichts versprechen bzw. sich davon nicht tangiert fühlen.

Landtagswahl Stadt Celle in den Jahren						
	2017		2013		2008	
Wahlberechtigte	53512		54571		55147	
Wähler/innen	32002	60%	30369	56%	28505	52%
Gültige Stimmen	31818		29930		28123	
CDU	11133	35,0 %	10336	34,5 %	12622	44,9%
SPD	11205	35,2 %	9024	30,2 %	7496	26,7%
GRÜNE	2230	7,0 %	3732	12,5 %	2062	7,3%
DIE LINKE.	1340	4,2 %	1012	3,4 %	1715	6,1%
FDP	2452	7,7 %	4114	13,7 %	2901	10,3%
AfD	2637	8,3%				

No more heros any more

Gern schmücken sich Städte mit Geistesgrößen, die in ihren Mauern das Licht der Welt erblickten oder wirkten. Kant verbinden wir mit Königsberg, Beethoven mit Bonn und Uwe Seeler mit Hamburg.

Schauen wir in die „Liste von Persönlichkeiten der Stadt Celle“ bei wikipedia werden zwar 180 Namen aufgelistet, von denen aber die Monika Mustermanns außerhalb der Kreisgrenzen wohl nur Hermann Löns und Roland Freisler, vielleicht noch Lilo Wanders kennen. Ein Alkoholiker, ein Verbrecher und ein Travestiekünstler. Nicht gerade ein Angebot, aus dem sich „Stolz“ oder „Identität“ basteln ließen.

Seit seinem 200. Geburtstag im vergangenen Jahr versucht eine Ernst-Schulze-Gesellschaft vielleicht auch deshalb den „One-Hit-Wonder“-Poeten des frühen 19. Jh. zu einem kleinen Dichterfürsten aufzupimpfen.

Und jetzt soll uns interessieren, ob die Marmorfigur Albrecht Thaers auf dem rechten Platz steht. Auf Anregung von Oskar Ansell fordert jetzt die SPD-Fraktion Thaers Umzug in abgasfreieres Terrain: *„Der aktuelle Standort ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Zwei Bundesstraßen treffen hier aufeinander, und der aus der Stadt strömende sowie in die Stadt fließende Autoverkehr führt unmittelbar am Denkmal vorbei. Die Emissionen verursachen Ablagerungen auf dem Marmor des Standbildes und lassen die Feinheiten und die Besonderheiten der ästhetisch anspruchsvollen Gestaltung des Denkmals nicht mehr erkennen.“*

Zwei – zugegeben polemische – Anmerkungen:

Es ist einigermaßen verrückt, sich Sorgen zu machen über die Schäden, die Emissionen an einer Marmorfigur verursachen, aber sich gleichzeitig nicht daran zu stören, dass Menschen an diesem Verkehrsknotenpunkt weiterhin diesen Emissionen (wenn auch nicht rund um die Uhr) ausgesetzt sind. Anders gesagt: Der Standort ist nahezu perfekt, weil sich am Zustand der Figur die Notwendigkeit der Verkehrswende zeigt. Und wenn – was aus anderen Gründen erforderlich ist, in gut zehn Jahren der Verbrennungsmotor verboten würde, wird unser Thaer die Belastungen bis dahin schon durchstehen. (Egal, ob mit oder ohne Ostumgehung.) Und wenn nicht, ist's weder schade um ihn, noch um uns.

Zweitens: Selber schuld! Was uns die Tourismuswerbung über Thaer wissen lässt, ist, dass er der Vater der



rationellen Landwirtschaft sei. Fraglos haben einzelne seiner „Lehren“ (z.B. Fruchtwechsel) die Landwirtschaft effektiver gemacht. Wenig beachtet wird darüber, dass er für einen Paradigmenwechsel steht. In Thaers Hauptwerk „Grundzüge einer rationalen Landwirtschaft“ sieht Erwin Morgenthaler den ersten Höhepunkt einer Entwicklung, in der *„die Landwirtschaftslehre von der beratenden Beschreibung einer ganzheitlichen Lebensform zu einer fachwissenschaftlichen Disziplin innerhalb der Wirtschaftswissenschaften“* wird, *„bei der nicht mehr das Wohl der gesamten Schöpfung oder das Allgemeinwohl im Vordergrund steht, sondern in erster Linie die privaten Gewinninteressen des Wirtschaftenden“*. In den „Grundzügen“ heißt es:

„Die Landwirtschaft ist ein Gewerbe, welches zum Zweck hat, durch Produktion [...] vegetabilischer und thierischer Substanzen Gewinn zu erzeugen oder Geld zu erwerben. [...] Die vollkommenste Landwirtschaft ist also die, welche den möglichst höchsten, nachhaltigen Gewinn [...] aus ihrem Betrieb zieht.“

Dass diese Sichtweise den Planeten – und damit unsere Lebensgrundlage – an den Abgrund bzw. darüber hinaus bringen würde, konnte Thaer nicht ahnen. Da wir es aber wissen, gibt es keinen Grund, ihn abzufeiern. Denn sein Denken führte notwendig zu Massentierhaltung, Pestizideinsatz, Überdüngung. So gesehen ist er eben selbst schuld, wenn seine Marmorfigur heute von den Segnungen der kapitalistischen Moderne zerfressen wird.

Erdölindustrie zahlt nur noch 5 Prozent

Im Nachtragshaushalt, den die Stadt am 28. September verabschiedet hat, war erneut ein Einbruch bei den Gewerbesteuern zu verbuchen. Zum Planungsansatz fehlen fast 10 Millionen Euro. Verantwortlich ist wieder die Erdölindustrie. In der Verwaltungsvorlage „Unterjähriges Berichtswesen zum 30.06.2017“ heißt es dazu:

„Aufgrund der weiterhin anhaltenden Krise sowie Firmenfusionen im Energiesektor sind die Zahlungen für das laufende Jahr drastisch eingebrochen. [...] Während für einzelne große Steuerpflichtige die laufenden Vorauszahlungen im Vergleich zur Jahresplanung um rund 5,5 Mio. € zu reduzieren waren, waren im Bereich mittelgroßer Unternehmen ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen, so dass das Aufkommen aus laufenden Vorauszahlungen lediglich um 2,7 Mio. € zurückgegangen ist. Weiterhin kam es zu vorab nicht bekannten Erstattungen für Vorjahre an einige wenige Unternehmen in Höhe von insgesamt rd. 7 Mio. €.“

Die Stadt Celle weise die Besonderheit der starken Konzentration im Bereich der Großunternehmen des Energiesektors auf, „die in den besten Jahren mit bis zu 45 % des Gewerbesteueraufkommens beigetragen hat. Durch die Krise in dieser Branche kam es zu entsprechenden Einbrüchen, der Branchenanteil liegt aktuell bei nicht einmal rd. 5 %. Ausfälle in diesem Umfang konnten auch die positiven Steigerungen in den übrigen Unternehmen nur im kleinen Umfang abfedern, nicht aber kompensieren.“

Die Gewerbesteuereinnahmen sinken im Jahr 2017 auf nur noch 24,6 Mio. Euro. Davon zahlt die Erdölbranche also gerade mal rund 1,2 Mio. Euro. Der Höchststand bei den Gewerbesteuern lag im Jahr 2008, dem Jahr vor Auswirkungen der Krise, bei gut 53 Mio. Euro. Davon kamen 24 Mio. Euro aus der Erdölindustrie.

Und die Ursache ist eben nicht allein ein Andauern der Krise, sondern eben auch Firmenfusionen, die dann offensichtlich dazu führen, dass die Gewerbesteuer reduziert werden kann oder anderswo (nicht) gezahlt wird.



Rede von Oliver Müller (Auszüge)

Oliver Müller, Fraktionsvorsitzender Die Linke/BSG, stellte in der Ratssitzung einige grundsätzliche Überlegungen an:

„Erfreulich finde ich, dass die Verwaltung endlich einmal benennt, dass es nicht nur die Krise ist, die diesen gewaltigen Einbruch verursacht hat, sondern auch Firmenfusionen. Das heißt nichts anderes, als dass sich einige große Firmen bewusst aus der Verantwortung gestohlen haben und ihre Steuern nicht mehr hier zahlen, sondern – wenn überhaupt – woanders.“



Wir können das nicht ändern. Aber ich will auf ein grundlegendes Versäumnis hinweisen, dass ich in der Verwaltungsspitze sehe. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir in einem engen Austausch mit den Firmenleitungen stehen. Ich erwarte von der Verwaltung, dass sie Anstrengungen zu einem regelmäßigen Austausch mit den Firmenchefs und den Betriebsräten unternimmt. Es ist doch kein Zustand, dass die Stadt nur über den Umweg Finanzamt von den Entwicklungen in der Industrie und den Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt erfährt.

Und eigentlich sollten die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt auch erwarten können, dass die Unternehmensleitungen von sich aus diesen Austausch wollen.

Denn es ist die Stadt Celle, die die Schulen für die Kinder der Beschäftigten vorhält. Es ist die Stadt Celle, die für Freizeit- und Sportanlagen sorgt. Es ist die Stadt Celle, die die Infrastruktur versucht Instand und die Umwelt halbwegs intakt zu halten. [...]

Ein Beispiel: Wir quälen uns mit der Frage der Finanzierung einer Sporthalle für den Bundesligabetrieb des SVG Celle. Aber es findet sich aus der Industrie nicht ein einziger Sponsor, der bereit ist, das Team vor der Insolvenz zu bewahren. Und für diese Unternehmen wäre es um die berühmt-berüchtigten Peanuts gegangen.

Wir sollten als Stadt endlich deutlich machen, dass wir von den Unternehmen der Erdölbranche erwarten, dass sie sich – wenn sie schon keine Steuern mehr zahlen – in irgendeiner anderen Weise in die Stadtgesellschaft einbringen, wie es dutzende kleine Unternehmen in der Altstadt oder in den Stadtteilen seit Jahren tun.“

Für alles, was fliegt oder vom Himmel springt

Unter Schirmherrschaft von Henning Otte (CDU) veranstaltete die „Studiengesellschaft der DWT mbH“ zwischen dem 17. und 19. Oktober in Celle eine sogenannte Fachtagung zum Thema „Ausbildung und Ausbildungsmittel Luftbeweglichkeit“. Wieder einmal brachte die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“ damit in Celle Bundeswehr und Rüstungsindustrie zusammen. Und die einen (Bundeswehr) erklärten, was sie gern hätten, und die anderen (Industrie) priesen an, was sie gerade im Schaufenster stehen haben. Celle wird – auch dank Henning Otte – zu einem zu einem Lieblings-Veranstaltungs-ort für den deutschen Rüstungs-Lobbyismus.

Warum man sich in Celle zum Thema „Luftbeweglichkeit“ traf, hat aber auch einen anderen Grund: Im vergangenen Jahr wurde das „Ausbildungs- und Übungszentrum Luftbeweglichkeit“ auf dem Fliegerhorst Wietzenbruch „in Dienst gestellt“.



Auf der Internetseite „deutschesheer.de“ wird diese Einrichtung in kurzer Form so beschrieben:

„Der luftgestützte Einsatz war im Rahmen verfügbarer Ressourcen bislang nicht oder nur mit einem wirtschaftlich nicht mehr vertretbaren Aufwand darzustellen. Das Ausbildungs- und Übungszentrum Luftbeweglichkeit ist eine neue Ausbildungs-/ Übungseinrichtung, die diese Fähigkeitslücke nun schließt.“ Der „Auftrag“ ist dort in einem derart verschwurbelten Bundeswehrsprech beschrieben, dass wir uns mal an einer „Übersetzung“ versuchen.

Luftlandeoperationen sind Bestandteil nahezu jedes Auslandseinsatzes. „Alles, was bei der Bundeswehr bei solchen Einsätzen fliegt oder vom Himmel springt, wird hier auf dem Militärflugplatz Celle-Wietzenbruch künftig speziell trainiert“, schrieb RP Online. Im Zentrum stehen zweiwöchige Lehrgänge. Im Team sollen Piloten, Bordschützen, Fallschirmjäger und Sanitäter die Luftlandeoperationen durchspielen. Dafür werden in fünf ehemaligen Flugzeughallen 160 Computer aufgestellt. In einer weiteren Halle wird ein Gelände mit „Deckungs- und Beobachtungsmöglichkeiten“ nachgebildet. Dane-

ben gibt es sogenannte „Verfahrenstrainer“, also nachgebildete Zellen von kampf- oder Transporthubschraubern, in denen trainiert wird. Auch ein „Schießkino“ (Originalsprech) wird es geben. Scharf geschossen werden soll aber in Celle nicht; das passiert dann in Vernetzung mit Bundeswehrstandorten in Idar-Oberstein, dem Gefechtsübungszentrum des Heeres in Letzlingen (Sachsen-Anhalt), dem Gefechtssimulationszentrum in Wildflecken (Bayern) und den Truppenübungsplätzen Altengrabow und Bergen – aber auch auf dem Standortübungsplatz in Scheuen.

Gegenüber RP Online fasste vor einem Jahr Oberst Carsten Jähnel den Aufbau der Ausbildung so zusammen: „Im Kern bildet unser Ausbildungs-/ Übungszentrum das Führungspersonal im Gefechtsstand aus. Dort werden Operationen geplant, die zunächst virtuell gespielt werden, um Verfahren zu üben. In einem zweiten Schritt sollen die Soldaten dann an einem Verfahrenstrainer alle Handgriffe rund um das Luftfahrzeug durchführen. Im dritten Teil setzen wir die Truppe in intakte Luftfahrzeuge und bringen sie in Zusammenarbeit mit dem Gefechtsübungszentrum Heer dort zum Einsatz - so realitätsnah, dass sie auch im Einsatz bestmöglich bestehen können.“

Kurz gesagt: Die Immelmann-Kaserne wird eins der High-Tech-Ausbildungszentren der Bundeswehr. Und das heißt für die Rüstungsindustrie: Hier rollt der Rubel.

Mit Messeständen vertreten waren u.a.: Airbus, Rheinmetall, Rohde & Schwarz, CAE Elektronik GmbH, Eurosintec, Telespazio. Vertreter dieser Firmen durften dann auch zu Fachthemen referieren (und nebenbei ihre wunderbaren Produkte anpreisen).

Am dritten Tagungstag ging es dann in die Immelmann-Kaserne, wo den Besuchern Gelegenheit gegeben werden sollte, „sich über den Sachstand Virtuelle Simulation und Handlungstraining im Rahmen eines Übungsdurchgangs eines Fallschirmjägerzuges zu informieren.“

Zum Auftakt gab's wie üblicherweise auch beim „Celler Trialog“ ein Benefizkonzert. Diesmal mit der Uraufführung des „Celler Luftkavallerie-Marsches“ durch das Polizeiorchester Niedersachsen. Gespendet werden durfte für den Vereins „Lachen helfen“, der in den Einsatzländern der Bundeswehr Hilfsprojekte für Kinder in Not realisiert.

Und selbstverständlich steht auch der Ortsrat von Wietzenbruch an der Seite unserer High-Tech-Krieger. Bereits im März beschloss er – auf Antrag der Bundeswehr – wie es im Protokoll heißt, die Umbenennung der „Kanaltrift“ in „Luftbrückenstraße“. Im Protokoll heißt es: „Oberst Jähnel merkt an, dass die Luftbrücke ein Symbol sei für die Rettung von Menschen in höchster

Rat gibt Startschuss für Neubaugebiete



Im Online-Handel gibt's schon dieses wunderhübsche T-Shirt

Not“. Anfang Oktober wurde dann das Straßenschild ausgetauscht. [Nebenbei – aber ohne Erbsen zählen zu wollen: Kommunalrechtlich ist nicht vorgesehen, dass die Bundeswehr oder der „Bürger“ Oberst Jahnel einfach so einen „Antrag“ im Ortsrat abstimmen lassen können. Aber laut Protokoll wurde es so gehandhabt.]



Auch das neu gestaltete Verbandsabzeichen zeigt das Symbol der Berliner Luftbrücke und das Eiserne Kreuz auf Blau-Silbernem Schild. Die Umrandung ist in der Farbe Bordeauxrot. Auf der Internetseite „deutschesheer.de“ heißt es zur Erklärung:

„Das Luftbrückendenkmal, welches das zentrale Element des Abzeichens darstellt, befindet sich im Ortsteil Celle-Wietzenbruch an der Zufahrt zur Kaserne. Es erinnert an die Versorgung der Berliner Bevölkerung im kalten Krieg aus der Luft, die hauptsächlich vom Flugplatz Celle und Faßberg

durchgeführt wurde. Die Farben Blau und Silber stellen die Verbundenheit mit der Stadt Celle dar. Die bordeauxrote Umrandung greift sowohl die Barettfarben der Heeresfliegertruppe als auch der Fallschirmjägertruppe auf, die wesentlichen Träger der Luftbeweglichkeit.“

Und gegenüber RP Online legte Oberst Jahnel noch eine Begründung drauf: „Wir werden auch in Zukunft Luftbrücken bauen – hin zu anderen Truppengattungen.“

Der Rat hat mehrheitlich grünes Licht gegeben für die Ausweisung von Bauland für Neubaugebiete. Das Größte soll – wie die CZ zu wissen meint – in Groß-Hehlen nördlich der Straße „Zur Hasselklink“ entstehen und – wie man hört – rund 10 Hektar groß sein, also für knapp 100 Bauplätze ausreichen. Ein weiteres Wohngebiet soll zwischen Zugbrückenstraße und Klein-Hehlerer Bach, Bremer Weg und Kaninchengarten entstehen, und zwar mit einer Größe von etwa 3 Hektar. Die Fläche ist zu zwei Drittel mit einem alten Baumbestand besetzt. Die Verwaltung begründet dies damit, dass die Zahl der an Bauland Interessierten auf 135 gestiegen sei.

In der Ratssitzung kritisierte Oliver Müller (Die Linke/BSG) diese Entwicklung im Rahmen der Beratungen zum Nachtragshaushalt Ende September so:

„Die Fachverwaltung hat in ihrem Marketingkonzept „Celle. Dein Zuhause“ eigentlich eine andere Richtung vorgegeben. Dort wird vorgeschlagen, dass die Stadt Celle in der Konkurrenz mit den Landkreisgemeinden im Segment Eigentums- und Mietwohnungen und nicht mit Neubaugebieten punkten sollte. Und jungen Familien sollten Wohnungen aus dem Bestand schmackhaft gemacht werden. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing hat diesem Konzept im Januar einstimmig zugestimmt. Wir finden diese strategische Ausrichtung stimmig. Denn ich teile die Befürchtung, die hinter diesem Konzept steht: Nämlich dass wir in zehn, zwanzig Jahren in manchen Stadtteilen sonst enorme Leerstände haben werden. Wir müssen doch zusehen, dass die Stadtteile mit Einfamilienhäusern, die in den 50er und 60er Jahren entstanden sind, attraktiv bleiben und sich nicht zunehmend entvölkern. Ich weiß aber: Unsere Warnung wird leider nicht fruchten. Deshalb noch eine Anmerkung: Wenn schon Neubaugebiete ausgewiesen werden, sollte dieser Rat dafür sorgen, dass dort mit höchsten energetischen Standards gebaut werden muss. Aber leider sehe ich nicht einmal dafür Mehrheiten.“

Die Cellesche Zeitung übrigens jubelte. „Na, endlich: Politik und Stadtverwaltung reagieren auf den großen Mangel an Bauland in Celle.“



PS.: Wir haben die Ausweisung von Neubaugebieten in unserer Ausgabe 85 (Juni/Juli 2017) ausführlich kritisiert.

----- 27.08.2017 -----

Weidel

„Kein anderer Veranstalter im Landkreis war bereit, der AfD-Spitzenkandidatin Dr. Alice Weidel für einen Wahlkampfauftritt einen Raum zu vermieten. In Lachendorf wurde sie fündig - nicht ohne auch dort sich den Weg durch rund 50 friedliche Demonstranten zu bahnen - unter ihnen auch Vertreter von FDP, SPD und den Grünen.“ So kündigte CelleHeuteTV ein Interview mit der AfD-Kandidatin Alice Weidel an. Dürfte mensch der AfD glauben, wäre das ja schön. Der Veranstaltungsort war übrigens das „Gasthaus Tannenkrug“.

----- 01.09.2017 -----

Mende OV-Vorsitzender

Der ehemalige Celler Oberbürgermeister, Dirk-Ulrich Mende, ist zum Vorsitzenden des Ortsvereins der SPD gewählt worden. Die Neuwahl war nötig geworden, so die PM, „weil der bisherige Vorsitzende Christoph Engelen aus persönlichen Gründen sein Amt zur Verfügung gestellt hatte.“



----- 01.09.2017 -----

Antikriegstag

Der KV Celle Die Linke veranstaltet vor dem Werkstor von Rheinmetall in Unterlüß eine Kundgebung zum Antikriegstag. Neben Paul Stern und Behiye Uca (Kandidaten für die Bundestags- und Landtagswahl), sprechen Yilmaz Kaba (Navdem) und Vertreterinnen der Internationalistischen Jugend Celle. Thematisiert wird insbesondere der Panzerdeal zwischen Rheinmetall und der Türkei.

----- 07.09.2017 -----

Ausgewogen

„Der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV) ist eine überparteiliche und finanziell unabhängige Institution.“ -



So steht es auf der Website der Lobbyisten. Selbstverständlich gab's eine Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl. Überraschen konnte die Besetzung. Denn neben den Wahlkreiskandidaten der CDU, SPD und Bündnis '90/Die Grünen saß die Kandidatin der FDP mit auf der Bühne. Und während eine Partei, die seinerzeit nicht im Bundestag vertreten war, eingeladen wurde, interessierte man sich nicht für die Position der seinerzeit noch größten Oppositionspartei. Von Seiten der Partei Die Linke war niemand eingeladen.

----- 05.09.2017 -----

MSGA

Vom 5. bis 7. September hatte das sozial-kulturelle Schiffsprojekt „Mit Sicherheit gut ankommen“ zu Flucht und Migration von der Outlaw Stiftung in Celle Station gemacht. Den Kern des Projekts bildet die Reise zweier Schiffe mit mehreren Stationen in Hafenstädten entlang der deutschen Nordseeküste und kreuz und quer durch Deutschland über Flüsse und Kanäle. Auf den Schiffen befinden

sich 70 lebensgroße Kupferfiguren des dänischen Künstlers Jens Galschiot. Mit diesem „Hingucker“ und mit begleitenden Veranstaltungen wurde eine Gelegenheit geboten, sich mit dem Thema Flucht und Migration auf eine andere Weise als gewohnt auseinanderzusetzen.

Die Celle Initiative „Land in Sicht - Transition“ (LIST) ergänzte die Celler Station mit der Ausstellung „Asyl ist Menschenrecht“, die für vielen Besucher*innen interessante Hintergrundinformationen lieferte.

----- 23.09.2017 -----

Erntefest in Eschede

Am 23.09.2017 fand eine Demonstration in Eschede gegen das sogenannte Erntefest der Nazis auf dem Hof von Joachim Nahtz statt. Der DGB meldete eine Gegenkundgebung an. Knapp 100 Menschen folgten dem Aufruf und zeigten den anreisenden Nazis lautstark und mit vielen Transparenten, was sie von ihnen und ihrer Ideologie halten (siehe Foto oben). Die Kundgebung dauerte bis 17.00 Uhr, knapp 50 Nazis reisten in der Zeit an.





----- 06.10.2017 -----

Patenschaft

Die Gemeinde Eschede erneuert die Patenschaft mit der Stabs-/Fernmeldekompanie Panzerlehrbrigade 9 Munster. Im Anschluss an die Unterzeichnung der Patenschaftsurkunde gab es einen Appell auf dem Escheder Schulhof.

Seit dem Jahr 1960 bestand eine Patenschaft der Gemeinde Eschede mit der Panzerjägerlehrkompanie 20, später 90. Nach der Auflösung dieser Kompanie wurde die Patenschaft 1997 mit der Stabskompanie Panzerjägerlehrkompanie 9 fortgeführt. Im Jahre 2015 wurde die Stabskompanie in die Stabs- und Fernmeldekompanie umgegliedert.

----- 23.09.2017 -----

Wurm vs. AfD

Der Wahlkampf der AfD zur Bundestagswahl wurde von AfD-Gegner*innen kritisch beobachtet. Es wurden Flugblätter verteilt, die sich mit dem Bundesprogramm der AfD befassten und darlegten, dass diese Partei für Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus, Autoritarismus und Menschenfeindlichkeit steht. Zur Landtagswahl haben die AfD-Gegner*innen den Weg gewählt, Aufmerksamkeit zu erregen. Die Satire der Plakate von Die Partei sorgten für Schmunzeln und Diskussionen, der Wurm sorgte für Aufmerksamkeit und erhielt mit seinen klaren Anti-AfD Aufklebern und Logos viel Zustimmung (siehe Foto unten). Ob's genutzt hat? Die

AfD hat im Landkreis Celle überdurchschnittlich viele Stimmen erhalten, vielleicht wären es sonst noch mehr gewesen.

----- 04.10.2017 -----

OLG und PKK

Die Generalstaatsanwaltschaft Celle hat Anklage gegen einen mutmaßlichen Funktionär der von den Behörden als Terrororganisation eingestuft Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) erhoben. Dem 43-jährigen türkischen Staatsbürger Yunus O. wird vorgeworfen, von August 2014 bis Oktober 2016 als sogenannter Raum- und Gebietsleiter der PKK im Gebiet Oldenburg tätig gewesen zu sein.



----- 11.10.2017 -----

Sevim Dagdelen

Die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE. spricht auf einer Landtagswahlkundgebung auf der Stechbahn. Sie fordert u.a. die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und den Stopp aller Rüstungsexporte.



----- 26.10.2017 -----

Ehrenmedaille

Der Rat beschließt die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt an Hans-Herbert Encke (FDP), Georgia Langhans (B'90/Die Grünen), Marlise Münchau (CDU) und Jens Rejmann (SPD).



Them belly full, but we hungry



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Wer hätte es vorher gedacht, dass „der Wähler“ in Berlin eine Jamaika-Koalition will und in Hannover eine GroKo.

Oma Lilo: Das sind die Wunder, die die Demokratie immer wieder hervorbringt.

Der Besserwesser: Was immer die Millionen einzelner Wählerinnen und Wähler sich davon versprochen haben mögen, dort ihr Kreuz zu machen, wo sie es dann jeweils gemacht haben – das Wahlergebnis präsentiert ihnen hinterher immer einen kollektiven Wählerwillen, als dessen bloße gleich-gültige Atome ihre Stimmen zählen und auf dessen Anerkennung sie verpflichtet sind. Was die gewählten Machthaber dann mit der Ermächtigung anstellen, fällt ausschließlich in deren Verantwortung und gilt verbindlich für alle Wählerinnen und Wähler gleichermaßen. Das nennt sich dann halt repräsentative Demokratie.

Die Dicke: Und was stellen sie an mit ihrer Ermächtigung?

Der lange Lulatsch: Ich finde ja, es passt. Jamaika ist die Koalition derer, die erben und vererben. Da wächst zusammen, was zusammen gehört.

Die Dicke: Du meinst, die Grünen sind wieder da gelandet, wo sie herkommen? Die unartigen Kinder kehren zurück in den Schoß der Familie?

Der lange Lulatsch: Ja. Oder siehst du das anders?

Die Dicke: Aber Klima, Mobilität, ökologische Landwirtschaft ...

Der lange Lulatsch: Da geht's jetzt nur noch darum, dass die Junior-Chefin und der Junior-Chef ein paar neue Ideen einbringen wollen, damit der Laden weiter läuft ... und besser als bisher.

Oma Lilo: Kapitalismus 4.0 also, wobei wir uns nicht auf die Antriebsform festlegen wollen?

Der lange Lulatsch: Das wäre ihr einziges gemeinsames Projekt.

Die Dicke: Abgesehen davon, dass sie an die Fleischtopfe der Macht wollen – wahlweise auch mit Tofu.

Oma Lilo: Aber jetzt will man sich doch auch um die kleinen Leute kümmern ...

Kurze Pause – dann gemeinsames lautes Lachen.

Oma Lilo: Immerhin gibt es mit der SPD wieder eine starke Opposition.

Kurze Pause – dann gemeinsames lautes Lachen.

Die Dicke: Nahles meint: „Die SPD muss wieder lernen, den Kapitalismus zu verstehen und, wo nötig, scharf zu kritisieren.“

Der Besserwesser: Ich sehe schon die „Kapital-Leserkreise“ aus dem Boden schießen, in jedem Ortsverein.

Die Dicke: Und Martin Schulz in der ZEIT: „Wir müssen wieder den Mut zur Kapitalismuskritik fassen. Diese Unterwerfung der europäi-

schen Sozialdemokratie, der progressiven Kräfte weltweit unter diese These, es gehe nicht mehr ums System, sondern nur noch um die Verteilung der Effekte im System, der Geist, den seinerzeit beispielsweise das Schröder/Blair-Papier atmete, der ist und bleibt eine der Ursachen für unsere Krise.“

Der lange Lulatsch: Wenn's nur der Geist wäre, würden ein paar warme Worte reichen, aber er hat sich nun mal materialisiert in Hartz IV, Leiharbeit, befristeten Verträgen, Umverteilung von unten nach oben ...

Die Dicke: Eine so fundamentale Erneuerung wie in England oder Italien hält er ja auch für ausgeschlossen, der Martin: *„Die SPD ist etwas ganz Eigenes, sehr fest verwoben mit dem Staat, irgendwo regiert man in Deutschland ja immer mit.“*

Oma Lilo: Genau. Wahrscheinlich auch in Niedersachsen mit der CDU.

Der lange Lulatsch: Das könnte in der Tat bitter werden. Pistorius ist ja schon vor der Wahl nach rechts abgedreht. Aber da geht leider noch mehr. Und die Landwirte haben sich sicher schon am Wahlabend ein Schnäpschen gegönnt – oder auch zwei, weil: Auf einem Bein kann man in Niedersachsen nicht stehen.

Alle: *„Sturmfest und erdverwachsen, Heil Herzog Widukinds Stamm!“*

Die Dicke: Habt ihr's mitbekommen? Zwischen Adasch und Rodenwaldt war's richtig eng.

Der lange Lulatsch: Ja. Zu zu schade. Das Gesicht von Adasch zu sehen, wenn's nicht geklappt hätte, wäre vermutlich vielen eine Stimme für Rodenwaldt wert gewesen. Aber wer kann schon damit rechnen, dass eine Stimme auch mal mehr sein kann als ein gleich-gültiges Atom.

Die Dicke: Und was wird jetzt aus Maximilian Schmidt?

Oma Lilo: Wieso?

Die Dicke: Die SPD hat so viele Direktmandate gewonnen, dass sein 15. Listenplatz nichts wert war. Er ist draußen und will sich jetzt auf seinen Job als Geschäftsführer der HVHS Hustedt konzentrieren.

Der lange Lulatsch: Da müssen sie aber wohl das Gehalt etwas aufstocken; im Juli meinte er doch noch, dort weniger als 1000 Euro zu bekommen. Aber klar, das wird schon.

Oma Lilo: Das AfD-Ergebnis interessiert hier anscheinend niemand?

Der lange Lulatsch: Die Völkischen bekämpfen wir jetzt doch sturmfest und stark mit noch mehr „Heimat“. Das wird schon.

Die Dicke: Aber gar nicht so einfach. Wisst ihr, mit welchem Leitspruch Jens-Christian Brockmann für sich geworben hat? *„Es muss zukünftig gelten: Das Paradies auf Erden liegt zwischen dem Wattenmeer und den Harzer Bergen.“* Hammerspruch.

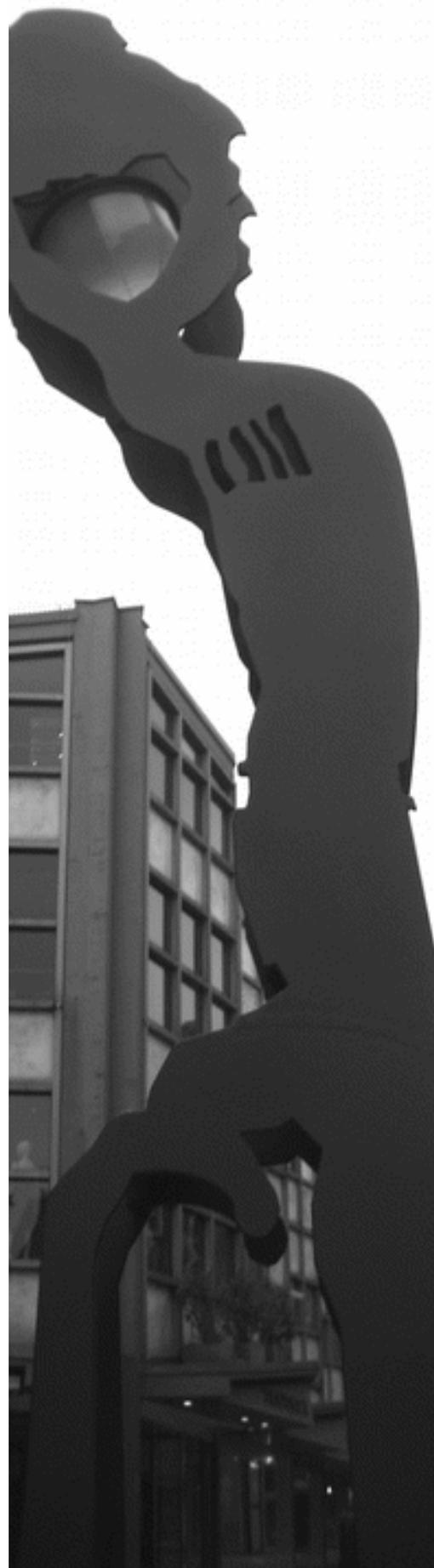
Oma Lilo: Das allerdings ist kaum zu toppen.

Der Besserwisser: Unterm Strich gibt es aber doch auch Gemeinsamkeiten: Dass nationale Identität nicht nur ohne Ausgrenzung nicht zu haben ist, ja im Kern überhaupt nur darin besteht. Das finden doch alle.

Oma Lilo (dreht sich eine Tüte): Nochmal zurück – von Jamaika haben wir also nicht einmal die Legalisierung von Cannabis zu erwarten?

Oma Lilo (steckt sich den Joint an, nimmt zwei tiefe Züge, reicht ihn an die Dicke weiter und beginnt zu singen):

„Them belly full, but we hungry / A hungry mob is a angry mob ...“



Ende Gelände - Kohle stoppen - Klima schützen

Die nächste Weltklimakonferenz (COP23) findet vom 06. bis 17. November 2017 in Bonn statt. Die Präsidentschaft führt das Land Fidschi, eine Inselgruppe im Südpazifik, deren sensibles Ökosystem durch den steigenden Meeresspiegel, veränderte Niederschlagsmengen und Sturmfluten akut bedroht ist.

Infos zu allen Aktionen: climate-protest-bonn.org

Ende Gelände

In der Nähe des Bonner Tagungsortes befindet sich das rheinische Braunkohlerevier. Aktuell Europas größte CO₂-Quelle und damit einer der Mitverursacher des steigenden Meeresspiegels. Das Bündnis ENDE GELÄNDE plant erneut eine direkte Aktion im rheinischen Braunkohlerevier: „Wenn in Bonn der Klimagipfel startet, tragen wir den Kampf gegen den fossilen Wahnsinn und für Klimagerechtigkeit dorthin, wo das Klima wirklich verhandelt wird: in Europas größte Kohletagebaue. Da, wo Politik untätig bleibt, nehmen wir den Kohleausstieg selbst in die Hand. Mit über tausend Menschen gehen wir in die Grube, setzen uns vor die Bagger und stoppen die Klimakiller.“

<https://www.ende-gelaende.org/de/>



The People's Climate Summit (PCS)

Der PCS ist ein Bewegungsgipfel mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Es gibt Abendveranstaltungen (3. – 5.11.), Workshops und Open Spaces (6. – 7.11.). Motto Klimagerechtigkeit. Mehr Informationen findet ihr hier: <https://pcs2017.org/de/>

Klima-Demo I – Kohle stoppen

Im Vorfeld der Weltklimakonferenz kündigt ein zivilgesellschaftliches Bündnis für Samstag, den 4. November, unter dem Motto „Klima schützen - Kohle stoppen!“ eine Demonstration in Bonn an. Das Bündnis, das im Trägerkreis z.B. BUND, NABU, Campact, Naturfreunde, Misereor und Brot für die Welt vereint, fordert von der Bundesregierung die konsequente Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und damit einen verbindlichen Fahrplan für einen schnellen, sozialverträglichen Kohleausstieg.

Im Aufruf des Bündnisses heißt es u.a.: „Der Klimagipfel von Paris war ein Aufbruch und das gemeinsame Ziel, die Klimakrise aufzuhalten, macht Hoffnung. Doch das gelingt nur mit entschlossenem Handeln. Jetzt müssen mehr denn je Taten folgen: ehrgeiziger Klimaschutz, faire Unterstützung für die armen Länder - und der Ausstieg aus der Kohle!“

Auf der Webseite des Bündnisses findet sich eine Mitfahrerbörse zur gemeinsamen klimafreundlichen Anreise.

www.klima-kohle-demo.de/

Klima-Demo II

Schluss mit dem faulen Zauber

Für den 11.11. ruft das Bonner Bündnis „No Climate Change“ zum Karnevalsbeginn auf zur Demo mit karnevalistischen Elementen „Schluss mit dem faulen Zauber! Wir treiben die bösen Geister des Klimawandels aus!“ Mehr dazu hier: www.no-climate-change.org

Celle – Infostand und Kundgebung

„Es ist fünf nach Zwölf“

In Celle macht die Initiative „Land in Sicht – Transition“ (LIST) am Samstag, den 4. November, zwischen 11.00 und 13 Uhr einen Info-Stand in der Poststraße. Und am 11. November ruft LIST zu einer kleinen Kundgebung am Robert-Meyer Platz auf. Beginn: Fünf Minuten nach Zwölf.



Von Montag, den 6. November, bis Montag-Vormittag, den 13. November 2017, wird die Ausstellung „Wir alle sind Zeugen – Menschen im Klimawandel“ im Foyer des Neuen Rathauses zu sehen sein. Anschließend wird sie von Dienstag, den 14. November, bis einschließlich Samstag, den 18. November, in der Stadtbibliothek Celle zu besichtigen sein.

Die Ausstellung „Wir alle sind Zeugen – Menschen im Klimawandel“ gibt dem Klimawandel ein Gesicht. Menschen aus Afrika, Südamerika, Asien und Europa berichten über die heute schon spürbaren Folgen des Klimawandels. Ergänzt werden die Beispiele mit Hintergründen und länderspezifischen Informationen.

24 Klimazeug*innen aus vier Kontinenten berichten, wie sie den Klimawandel wahrnehmen. Die Hüttenwirtin des Brandenburger Hauses am Kesselwandferner in Tirol, Anna Pirpamer, berichtet über das Schmelzen des Gletschers vor ihrer Haustüre. Die vierfache Mutter Szép Gyöngyvér erzählt vom "Leben im Backofen" im ungarischen Plattenbau. Und der Vertreter der indigenen Organisation am Rio Negro in Brasilien, André Baniwa, schildert nie dagewesene Dürreperioden im Amazonas-

Regenwald. Die Ausstellung überzeugt von der Notwendigkeit und motiviert, ambitioniert Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung zu setzen.

Hintergrund: Mit dem Klimawandel verbinden viele Menschen Katastrophen auf anderen Kontinenten und vermeintlich kaum Veränderungen in Deutschland und Europa. Die Auswirkungen des globalen Klimawandels machen jedoch nicht vor den Landesgrenzen halt. Expert*innen rechnen mit weitreichenden Folgen für Umwelt und Gesellschaft, falls es nicht gelingt die Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren.

Das Klima ändert sich weltweit, es wird im Durchschnitt wärmer. Hauptursache ist die Freisetzung des Treibhausgases CO₂. 2011 produzierten die Industriestaaten, in denen rund 20 Prozent der Menschen leben, 42 Prozent der globalen CO₂-Emissionen, die Entwicklungsländer, in denen 80 Prozent der Menschen leben, 55 Prozent. Die Verantwortlichkeit für den Klimawandel ist also sehr ungleich verteilt. Die Auswirkungen machen jedoch nicht vor Landesgrenzen halt.

Durch den Klimawandel ergeben sich neue Herausforderungen für Städte und Gemeinden und ihre Bürger*innen. Neben Vermeidung von Treibhausgasen rückt die Anpassung an die Folgen des Klimawandels wie z. B. Hitzewellen, Überschwemmungen und Stürme zunehmend in den Fokus der Entwicklung.

Klimaschutzfonds der Stadt Celle

Bis Mitte September 2017 waren 75 Anträge für den Klimaschutzfonds der Stadt Celle eingegangen, rund 207.500 Euro an Fördermitteln wurden bewilligt. Diesen Fördermitteln stehen geplante bzw. z.T. schon realisierte Investitionen von rund 2,7 Mio. Euro gegenüber.

Die größte Zahl der Förderobjekte ergab sich wieder im Förderbereich der Energieeffizienz von Gebäuden. Im Förderbereich regenerativer Energiegewinnung liegt die Photovoltaik mit 11 Projekten an der Spitze. Erstmals tauchte bei den Projekten ein großes Holzpellet-BHKW, das eine hohe Fördermittel-Effizienz und ein großes CO₂-Einsparpotential aufweisen.

Insgesamt können prognostisch durch die zur Bezuschussung der vorgeschlagenen Maßnahmen jährlich rund 1.700.000 kWh (fossil erzeugte) eingespart werden, was einer jährlich vermiedenen Menge von rund 400 t CO₂ entsprechen würde.



Achtung – aufgepasst!

Identitäre Fotografien

Florentina Huber tummelt sich, wie auch Dennis Bührig, auf der Facebookseite der „Mutbürger Celler“ herum. Diese Seite ist dem Umfeld von „Ein Prozent für unser Land“, Pegida, Identitäre Bewegung zuzurechnen. Das ganze scheint „nur“ virtuell stattzufinden, hat aber dennoch eine nicht unerhebliche Wirkung. *„Das Internet ist nicht die Ursache für Ressentiment. Aber es macht sie sichtbarer und kann offenkundig eine Radikalisierung ohne Grenzen in Gang setzen. Die neuen Wutbürger behaupten, sie folgen keiner Ideologie, man sei lediglich besorgt über Veränderungen. Demokratie bedeutet ihrem Verständnis nach, immer den Willen der „normalen“ Mehrheit (also der eigenen) durchzusetzen – Minderheiten und Kompromisse stören da nur. Die neue nationalistische Bewegung will sich nicht mit der komplizierten Welt und einer ausdifferenzierten Gesellschaft beschäftigen, trotzig und lautstark erklärt man sich selbst zum Volk, um Konflikte, Gegensätze und Widersprüche einfach auszublenden“*, so Andrea Röpke in ihrer Analyse der Virtuellen Welt der Rassisten und Neonazis in „2017 Jahrbuch rechte Gewalt“.



Florentina Huber ist selbstverständlich nicht der echte Name, sie stellt sich vor: *„Ich bin Florentina Huber. Ab und zu bin ich mit meiner Kamera unterwegs und filme Dinge, die Medien oft gerne verschweigen.“* Jaja, die Lügenpresse. Seit ungefähr einem Jahr bewegt sie sich nicht nur virtuell im Umfeld von „Bürgerprotest Hannover“, der AfD sowie der Identitären Bewegung, sie macht mit ihrer Kamera Filmchen, die sie bei Youtube und Google+ einstellt. Dabei fällt auf, dass viele Beiträge gesperrt sind.

Als im September 2016 in Bergen eine AfD Veranstaltung ausfiel, weil das Stadthaus durch eine „weiße Substanz“ unbenutzbar gemacht wurde und in der Celler Innenstadt Menschen, in weiß gekleidet, ihren Unmut über die AfD demonstrierten, meinten die „Mutbürger Celler“ einen Zusammenhang zu sehen, und Florentina Huber äußerte ihren Verdacht *„Das sind bestimmt mal wieder die vom Bunten Haus gewesen.“*

Na, sie muss es ja wissen. Es ist noch nicht so lange her, dass sie sich selbst im Umfeld des Bunten Hauses bewegte und an Veranstaltungen und Workshops des Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus teilnahm. Z.B. 2012 dokumentierte sie Alltagsrassismus und Neonaziparolen. Ihre Fotos wurden am 15.11.2012 in der Exerzierhalle im Rahmen des „Markts der Vielfalt“ öffentlich ausgestellt. Heute findet man sie als „Anti-Antifafotografin“ geoutet im Internet bei Youtube. Apropos Youtube, dort ist zu sehen, wessen Beiträge sie hochlädt, was sie abonniert hat etc., leider sehr viel, was das Herz der Neuen Rechten höher schlagen lässt.

Es ist schade und traurig, dass das Pflänzchen „Florentina“ sich in die rechte Ecke verabschiedet hat. Und es ist erschreckend, dass es uns nicht gelungen ist deutlich zu machen, dass eine solidarische Gesellschaft, in der Platz für alle Menschen ist, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, sozialem Status oder Handicap, ein besseres Leben ist als ein Leben voller Hass, Rassismus oder Ausgrenzungen.

Einige Antifas

16.12.2017 Demo in Eschede

Die Wintersonnwendfeier steht an und damit auch wieder ein Treffen von Neonazis aus Norddeutschland bei Joachim Nahtz in Eschede Am Finkenbergr.

Vor 10 Jahren, im Dezember 2007, fand die erste damals noch kleine Aktion des Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus an der Zufahrt zum Nazitreffpunkt in Eschede statt.

Die Anzahl der Widerständigen ist größer geworden – aber leider das Ziel noch nicht erreicht, das lautet: Schluss mit den Nazitreffen!

Treffpunkt ist die Kreuzung Am Dornbusch / Zum Finkenbergr, Beginn 14.00 Uhr

NSU-Prozess

Nebenklageanwalt Yavuz Narin wieder in Celle

Stand August 2017: Der fünftägige Schlussvortrag der Bundesanwaltschaft wurde für die Sommerpause unterbrochen.

Die Bundesanwaltschaft sieht in ihrer Beweiswürdigung die Mittäterschaft von Beate Zschäpe und die Beihilfe zu neun Morden durch Ralf Wohlleben und Carsten S. bestätigt. Zugleich halten die Staatsanwälte an ihrer Theorie von einer isolierten Vereinigung aus drei Personen fest und bezeichnen Erkenntnisse zu NSU-Unterstützern an den Tatorten als Irrlichter. Auch die unsägliche Rolle des Verfassungsschutzes wird sicher nicht durch dieses Gerichtsverfahren aufgeklärt. Der Prozess kann sich, obwohl in der Endphase, noch Monate hinziehen.

Wir wollen mit Yavuz Narin den Stand der Dinge diskutieren und vielleicht auch die Möglichkeit wie Aufklärung außerhalb des Prozesses stattfand und noch weiter stattfinden muss, auch wenn dann der Prozess noch nicht zu Ende ist.

Yavuz Narin war bereits zweimal in Celle und hat tiefe Einblicke gewährt, sowohl in das Netzwerk des NSU als auch in den staatlichen Ermittlungswillen.

Freitag, 10.11.2017, 19.00 Uhr, Urbanus-Rhegius-Haus, Kaminzimmer, Fritzenwiese 9

Veranstalter sind der Arbeitskreis Ausländer, das Diakonisches Werk Celle sowie das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Der Eintritt ist frei.

Foto: Bundestagsfraktion Die Linke, CC-SA 2.0



... und die Sprache auch im Fluchtgepäck!

Klare Worte kluger Frauen Lesung mit musikalischer Begleitung

Viele Schriftstellerinnen mussten wie ihre männlichen Kollegen ab 1933 Deutschland verlassen und ins Exil gehen, um ihr Leben zu retten. Die literarische Komponistin und Rezitatorin Marie Dettmer hat sich auf Spurensuche begeben und trägt Lyrik und Prosa von Mascha Kaléko, Irmgard Keun, Gabriele Tergit und anderen Autorinnen vor – die

meisten davon heute fast vergessen. Die ausgewählten Texte und Gedichte sind eindringliche Dokumente dafür, dass auch die Sprache der Betroffenen ins Exil ging und das persönliche Schicksal mit ihnen teilte. Die Hannoveranerin Marie Dettmer verbindet in ihrer Rezitierkunst ausgewählte Gedichte und Geschichten mit Informationen zu den Autorinnen und gibt Einblicke in zeitgeschichtliche Zusammenhänge. Sie gibt den Autorinnen eine Stimme, das gelingt ihr auf intensive und stets überraschende Art und Weise.

Mitwirkende: Marie Dettmer mit musikalischer Begleitung von Simon Becker-Foss (Saxophon), Michael Cammann (Kontrabass)

Synagoge, Donnerstag, 9. November, 19.00 Uhr

Szenische Lesung in Kunst und Bühne

Als Hitler das rosa Kaninchen stahl

Mit der szenischen Lesung „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ kommt Anke Engelsmann am Sonnabend, den 25. November 2017, auf Einladung des Kino achteinhalb nach Celle (Kunst & Bühne, 20 Uhr).

Judith Kerr, die 1923 geborene Tochter des Theaterkritikers Alfred Kerr, schrieb den autobiographischen Roman „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ lange, nachdem der Zweite Weltkrieg vorbei war. Das 1971 erschienene Buch ist mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet und in viele Sprachen übersetzt worden. Es ist eines der wichtigsten Jugendbücher, das sich mit den Anfängen und Auswirkungen des Nationalsozialismus beschäftigt.

Die Schauspielerin Anke Engelsmann hat die Geschichte von Anna bereits mit großem Erfolg am Berliner Ensemble gelesen, u.a. anlässlich der jährlich stattfindenden Gedenktage zum Beginn der Deportation der Berliner Juden.



Anke Engelsmann, Gründungsmitglied der Bremer Shakespeare Company und des TAB (Theater aus Bremen), war früher oft als Gast des Kino achteinhalb in Celle - stets vor restlos ausverkauftem Haus. In KUNST & BÜHNE drängte sie das Publikum Jahr für Jahr zur fast schon traditionellen Weihnachtslesung „Hilfe, die Herdmanns kommen.“ Anke ging dann vor ca. 15 Jahren zu Peymann ans Berliner Ensemble (BE) und war dort die letzten Jahre das Ensemblemitglied. Jetzt, wo es beim BE einen Wechsel in der Intendanz gab, hat Anke wieder die Zeit für einen Abstecher nach Celle.

Der Eintritt beträgt: 15 Euro für Leute mit Einkommen, 10 Euro für Schüler*innen und für Bezieher von SGB II und SGB XI 5 Euro. Karten können über diese Webseite oder per Mail an kontakt@kino-achteinhalb.de reserviert werden und dann an der Abendkasse zwischen 19 Uhr und 19.40 Uhr abgeholt werden. Reservierungen verfallen nach 19.40 Uhr.“



Rückkehr nach Afghanistan?

Vortrag von Friederike Stahlmann

Trotz der Proteste internationaler Menschenrechtsorganisationen hält die Bundesregierung Abschiebungen nach Afghanistan weiterhin für vertretbar. Der Vortrag diskutiert die Argumente, die von beiden Seiten vorgebracht werden, bietet landeskundliche Hintergründe zu den vielfältigen Sicherheitsrisiken und diskutiert die besondere Situation abgeschobener Asylbewerber.

Die Referentin Friederike Stahlmann ist Afghanistan-Spezialistin am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle/Saale. Am Freitag, den 8.12.2017, 18 Uhr, Saal des Urbanus-Rhegius-Hauses, Fritzenwiese 9. Veranstalter sind der Nds. Flüchtlingsrat und der AK Ausländer Celle, der Eintritt ist frei.

Dublin Abschiebungen aus dem Landkreis Celle

Auf Anfrage von Behiye Uca (Die Linke) teilte die Landkreisverwaltung zum Thema Abschiebungen folgendes mit:

Insgesamt wurden im Jahr 2012 1 Person, im Jahr 2013 19 Personen, im Jahr 2014 5 Personen, im Jahr 2015 12 Personen und im Jahr 2016 11 Personen abgeschoben. Die Abschiebungen erfolgten nach Polen (10), Italien (20), Frankreich (4), Belgien (3), Niederlande (5), Spanien (1), Ungarn (3), Ghana (1), Schweden (1).

Die Herkunftsländer der Abgeschobenen sind: Georgien (1), Sudan (13), Kosovo (4), Serbien (3), Russische Föderation (13), Somalia (3), Liberia (2), Nigeria (1), Syrien (3), Elfenbeinküste (2), Ghana (2), Mali (1). Diesen Zahlen stehen aktuell 264 vollziehbar ausreisepflichtige Personen gegenüber.

Gründe für die Unmöglichkeit, die Ausreisepflicht durchzusetzen, sind bei 79 Personen vorgetragene Krankheiten von sich selbst oder engen Familienangehörigen. Bei 65 Personen konnte die Identität bisher nicht geklärt werden. Bei 26 Personen war eine sog. DUBLIN-Überstellung nicht innerhalb der vorgesehenen Frist möglich. 30 Personen werden bis zur Entscheidung über Verfahren von Familienangehörigen geduldet, 17 befinden sich im laufenden Härtefallverfahren und 15 haben einen Asylfolgeantrag gestellt, über den noch nicht entschieden wurde. Die übrigen 32 Personen werden aus unterschiedlichsten „sonstigen“ Gründen geduldet.

Deportation Class

LIST zeigt Dokumentation

Sie kommen in der Nacht, sie reißen Familien aus dem Schlaf und setzen sie in ein Flugzeug: Sogenannte Zuführkommandos von Polizei und Ausländerbehörden haben im vergangenen Jahr 25.000 Asylbewerber aus Deutschland abgeschoben.

Der 85-minütige Dokumentarfilm „Deportation Class“ zeichnet ein umfassendes Bild dieser staatlichen Zwangsmaßnahmen: Von der Planung einer Sammelabschiebung über den nächtlichen Großeinsatz in den Unterkünften der Asylbewerber bis zu ihrer Ankunft im Heimatland und der Frage, was die Menschen dort erwartet.

Erstmals hatten die Regisseure Carsten Rau und Hauke Wendler die Möglichkeit, eine Sammelabschiebung zu filmen. Dabei wurden 200 Asylbewerber nach Albanien ausgeflogen: Bewegende, teils schockierende Bilder, die in Deutschland so noch nicht zu sehen waren.

„Deportation Class“ zeichnet aber nicht nur ein nüchternes Bild dieser nächtlichen Abschiebungen. Der Film gibt auch denjenigen ein Gesicht, eine Stimme und damit ihre Würde zurück, die in den Nachrichten nicht zu Wort kommen: Menschen wie Gezim, der in Deutschland auf eine bessere Zukunft für seine Kinder hoffte und ohnmächtig zusehen muss, wie sein Traum zerplatzt. Oder die Familie von Elidor und Angjela, die vor der Blutrache flüchten musste und nach der Abschiebung in Albanien ins Bodenlose stürzt.

Die Initiative LIST zeigt den Film im Kino achteinhalb am Di., 5.12., 19.30 Uhr; Eintritt: 5 Euro.





Im nordtoskanischen Bergdorf Sant'Anna di Stazzema wurde den im Sommer 1944 rund 560 Menschen von Einheiten der Waffen-SS teils unvorstellbar grausam umgebracht. 2015 wurde das Verfahren gegen den letzten noch lebenden Kriegsverbrecher dieses Massakers in Deutschland eingestellt. In seinem Autorenfilm „Das zweite Trauma – das ungesühnte Massaker von Sant'Anna di Stazzema“ zeichnet Jürgen Weber historische und juristische Sachverhalte nach. Der Film lässt aber auch den Erinnerungen und Emotionen der Überlebenden Raum. Allesamt damals als Kinder buchstäblich den Leichenbergen entstiegen und verwaist. Trailer auf youtube

Auf das erste Trauma folgte das der in Italien verspäteten, in Deutschland verhinderten juristischen Aufarbeitung. Die Opfer wollen keine alten Männer im Gefängnis sehen. Nicht Rache wollten sie, sondern die Anerkennung des Unrechts – auch und gerade von offizieller deutscher Seite.

„Das zweite Trauma“ – das sind über Jahrzehnte versteckte Ermittlungsakten in Italien. Ein von deutschen Behörden verschlepptes Ermittlungsverfahren. Eine Einstellungsbeurteilung der Staatsanwaltschaft Stuttgart, welche die Grausamkeit und die niedrigen Beweggründe der Täter als Mordmerkmal nicht erkennen wollte. Eines der letzten Zeugnisse von NS-Verbrechen – das Zeugnis der Kinder des Massakers von Sant'Anna. Eine schonungslose Aufklärung über ein lang verdrängtes Kapitel deutsch-italienischer Realität.

Das Kino achteinhalb zeigt den 72-minütigen Film am Mi., 8.11., 19.30 Uhr. Der Filmemacher Jürgen Weber steht anschließend für Diskussionen zur Verfügung; Eintritt frei.

Der Filmemacher Christian Weisenborn spürt dem Leben seines Vaters nach: Der Dramatiker und APO-Held Günter Weisenborn (1902-1969) wurde 1942 als Mitglied der „Roten Kapelle“ verhaftet und entging nur knapp der Hinrichtung. Vielschichtig zeichnet der Film politische und kulturelle Bewegungen beim Übergang von der Weimarer Republik in die Nazi-Diktatur nach. Er porträtiert eine Gruppe freiheitsliebender junger Menschen, denen es darum ging, die Welt über die Verbrechen des NS-Regimes aufzuklären. Der Name des Kreises um den Publizisten und Luftwaffenleutnant Harro Schulze-Boysen und dessen Ehefrau Libertas Haas-Heie, die „Rote Kapelle“, ist keine Selbststilisierung, sondern stammt von der Gestapo. Im September 1942 wurden insgesamt 120 Mitglieder der Gruppe verhaftet; Günther Weisenborn entkam dem Todesurteil nur knapp. 52 seiner Mitstreiter wurden noch im selben Jahr hingerichtet, unter ihnen seine engen Freunde Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack. Doch auch nach 1945 wurden Weisenborn und seine toten Freunde nicht rehabilitiert. Im restaurativen Klima des Kalten Krieges galten sie in ungebrochener NS-Diktation als „Vaterlandsverräter“.

Der zweite Teil des Films ist fast noch erschreckender als das Schicksal einer Widerstandsgruppe im NS-Regime, denn er handelt vom Umgang mit der braunen Vergangenheit: „Die junge Bundesrepublik war nicht bereit für die Aufarbeitung dieser Jahre“, summiert der Filmemacher und insistiert, wie wenig sein Vater und seine Freunde mit dem Totalitarismus stalinistischer Prägung zu tun gehabt hätten.

Das Kino achteinhalb zeigt den 93-minütigen Film am Mi., 30.11., 19.30 Uhr; Eintritt: 5 Euro.

BlackRock: der mit Abstand größte Aktionär

„BlackRock ist ein Vermögensverwalter. Aber das ist so, als wenn man sagen würde, Versailles sei ein Sommerhaus oder die Pyramiden ein Haufen Grabsteine.“ - So die Wirtschaftskorrespondentin der ZEIT, Heike Buchter, in ihrem Buch „BlackRock. Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld“. Der Rosa-Luxemburg-Club hat zum 15. November Jörg Berger zu einem Vortrag zu „BlackRock & Co.“ nach Celle eingeladen. Berger ist Redakteur des bekanntesten deutschsprachigen Politblogs den NachDenkSeiten (NDS).

Dicke Männer mit Zigarren – so wurden noch vor nicht allzu langer Zeit Kapitalisten in Karikaturen kenntlich gemacht. Abgesehen davon, dass der SPD-Kanzler Gerd Schröder wohl die letzte Verkörperung eines Cohiba rauchenden Machtmenschen war und die Verfettung heute eher mit Unterschichten assoziiert wird, hat der moderne Kapitalismus sich gewandelt. Der Kapitaleigner als Unternehmenslenker wird zur Randfigur, die Vermehrung seines Vermögens überlässt er anderen, z.B. Vermögensverwaltern. Die US-amerikanische Firma „BlackRock“ verwaltet das Geld anderer Leute, Unternehmensclans, Unternehmens-Stiftungen, Pensionskassen, von Unternehmen und auch traditionellen Banken: aktuell 5,69 Billionen US-Dollar, also das rund 15-fache des deutschen Bundeshaushalts.

Dieses Kapital hat BlackRock unter anderem in etwa 300 der 500 wichtigsten Aktiengesellschaften des westlichen Kapitalismus angelegt. In Deutschland ist BlackRock Großaktionär in allen 30 DAX-Konzernen (siehe Grafik, Anteile in %). Damit verbunden ist ein enormer wirtschaftlicher Einfluss, wie Werner Rügemer meint:

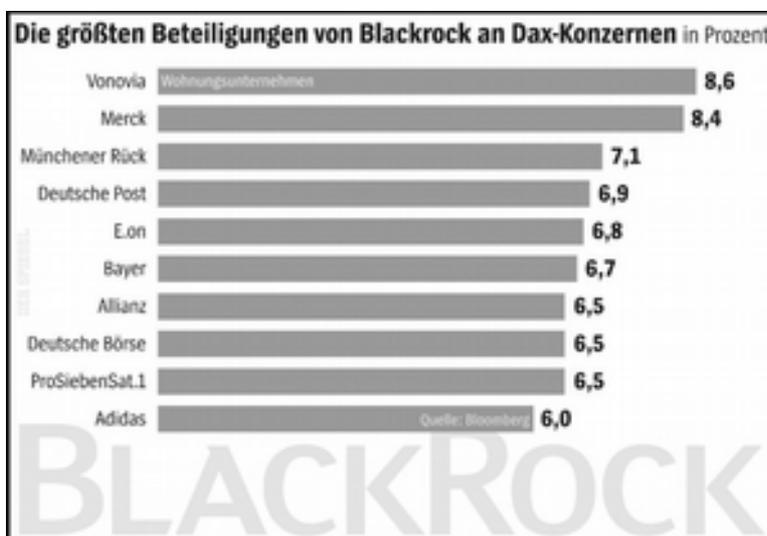
„Überall drängen BlackRock und dutzende gleichartiger Investoren auf Gewinnsteigerung und Kostensenkung. Ein beliebtes Mittel dafür sind Unternehmens-Fusionen. BlackRock drängt auf die Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank – Blackrock ist bei beiden Miteigen-



tümer. Gegenwärtig organisieren BlackRock & Co. die Übernahme des US-Agrarchemiekonzerns Monsanto durch den Chemiekonzern Bayer. Das ist deshalb besonders einfach, weil BlackRock und State Street und Sun Life Hauptaktionäre nicht nur bei Bayer sind, sondern gleichzeitig auch bei Monsanto. Abbau von Arbeitsplätzen, Auslagerung und Verkauf von Unternehmensteilen gehören zum Handwerkszeug. BlackRock, State Street und Sun Life wollen dabei nicht etwa die schädlichen Praktiken dieser beiden Agrar- und Giftkonzerne einschränken, sondern die damit verbundenen Gewinne weiter steigern.“

Nach der Finanzkrise beauftragte US-Präsident Obama BlackRock mit der Sanierung bzw. Abwicklung der bankrotten Banken und Versicherungen in den USA. Damit wurde BlackRock-Chef Laurence Fink zum mächtigsten Mann der Wall Street. Auch in Europa wurde BlackRock zu einem wichtigen „Berater“. Werner Rügemer: „Die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und IWF beauftragte BlackRock, die Risikoanalysen für die Bankenrettungen in Irland, Griechenland, Großbritannien und Zypern zu erstellen.

Gleichzeitig mit der Troika war die BlackRock-Truppe unter Tarnung als Projekt Solar in Athen und unter dem Decknamen Claire in Zypern. Öffentliches Eigentum wird verscherbelt, Löhne, Arbeitslosengeld und Sozialleistungen werden gesenkt, Armut wird bewusst hergestellt – übrigens: nirgends wurden die Ausgaben für das Militär und die NATO gekürzt, auch nicht in Griechenland, wo das Militärbudget pro Kopf sowieso schon weit über dem EU-Durchschnitt liegt. BlackRock berät die Europäische Zentralbank EZB, die nichts zur wirtschaftlichen Gesundung beiträgt, sondern die Finanzspekulation befördert.“



**Mi., 15.11., 19.30 Uhr
Kino 8 ½, Eintritt frei**

Blick nach Links Nr. 11 & Im Wald und auf der Heide

In aller Munde ist ja zur Zeit der bedrohliche Rückgang der Insektenvorkommen: In wenigen Jahrzehnten ist der Bestand der Sechsfüßer um 75% zurückgegangen.

Vorteil: Auf der Fahrt von Celle nach Bersenbrück zum ReggaeJam, der Abend ist sommerlich lau, muss niemand mehr ein-, zweimal anhalten, um die Frontscheibe von zerschellten Käfern, Libellen, Mücken, Wespen und Bienen freizukratzen. Und vorbei die Zeiten, in denen noch der Insektenschwamm im Scheibenwischwassereimer an der Tankstelle dümpelte.

Außerdem lässt sich dann endlich im Zelt nach durchgemachter Nacht mal richtig ausschlafen: Keine Nachtigall mehr da, die einen mit ihrem Gebrüll morgens weckte. Sie ist neulich verhungert, ganz in der Nähe, am Maisfeld.

Nachteil: Das Bestäuben der Obstbäume, wie überhaupt ja fast aller Blütenpflanzen, bisher zuverlässig von Milliarden von Insekten erledigt, muss jetzt von Schweinen und Hühnern übernommen werden. Die sind ja gut im Futter, dank Glyphosat, womit sich, nebenbei be-



merkt, (Handelsname Round up) die hippen Stadtbewohner*innen ihre betonverbundsteingepflasterten „Gärten“ um ihre in grau/schwarz/weiß gehaltenen Stadtvillen und mit plastikbeschichteten, grünen Stahlzäunen umgebenen Stellplätze und Carports (für ihre asozialen SUV) von Kraut und Insekten freihalten. Und immer öfter dabei, die Trockensteinmauer im Drahtkäfig, aseptisch und für kein Getier zu gebrauchen.

Um nicht vollends in tiefe Depression zu verfallen, hier ein Link, der uns direkt in einen Bienenstock führt: Wir sind gewissermaßen Mitbewohner*innen, gucken der Königin bei der Eiablage zu, sehen die Bienen tanzen, die Brut aufziehen und betüddeln, Waben bauen, Alltag bei Bienen also. Wirklich faszinierend!

<http://www.hobos.de/mit-hobos-forschen/projekte/smart-hobos/>



Kunst hier auch!

Bis zum 5. November gibt es in Celles Altstadt noch die Gelegenheit, in 90 Schaufenstern Werke von über 100 Künstlerinnen und Künstlern zu sehen. Wir sind begeistert.



BI zum Schutz vor Atomenergiegefahren

Der Protest gegen Atomanlagen begann im badischen Whyl, als 1975 der Bauplatz für ein dort geplantes Atomkraftwerk besetzt wurde. Das Neue war, dass sich dabei unterschiedliche Milieus zusammenfanden: Studierende und Bäuer*innen, Junge und Alte.

Ein Jahr darauf, Ende Februar 1976, wurde bekannt, dass zu den möglichen Standorten für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) und ein Atommüllendlager auch Lutterloh (bei Unterlüß) im Landkreis Celle gehörte. Im Mai bildete sich daraufhin in Hermannsburg die „Bürgerinitiative Südheide für den Schutz vor Kernenergiegefahren“. Kurz vor der ersten Demonstration gegen das Projekt gründete sich nach einer Veranstaltung mit BI-Vertreter*innen aus Unterlüß und Uelzen in Celle mit rund 50 Personen die „Bürgerinitiative zum Schutz vor Atomenergiegefahren“.

Am 9. November 1976 verabschiedete die Bürgerinitiative ihre Gründungserklärung, die – weil auf ebensolchem gedruckt – später immer „Grünes Papier“ genannt wurde (drei Jahre vor der Gründung der „Grünen“):

„Die 'Bürgerinitiative Celle zum Schutz vor Atomenergiegefahren' - so unser Name - hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bevölkerung vor den Gefahren, die aus der Nutzung der Atomenergie entstehen können, zu schützen. Dazu gehört besonders die Verhinderung der Errichtung und In-

betriebnahme von Wiederaufbereitungsanlagen und Atommüll-Deponien, nicht nur in Niedersachsen.“

Organisierung als Bürgerinitiative

Die Bürgerinitiative traf sich regelmäßig jeden Dienstag; zunächst im „Gildekrug“ (dem späteren „Le Bistro“ bzw. GDS), dann im „Haus der Jugend“ und schließlich im mit Frauengruppe und Grünen genutzten Büro „Auf dem Kampfe“. Auf diesen Treffen wurde alles besprochen: aktuelle Entwicklungen, interne Bildung, Planung der Infostände und Veranstaltungen, Erarbeitung und Druck von Flugblättern, Demonstrationsmobilisierung und -organisation.

In „guten“ Zeiten kamen zwei Dutzend Leute zu den Treffen. Anders wäre auch kaum möglich gewesen, dass die BI in den Jahren 1979 bis 1982 fast wöchentlich einen Info-Stand in der Fußgängerzone organisieren konnte. Neben den Flugblättern, die verteilt wurden, fungierte der Stand auch als Büchertisch. Denn schnell gab es eine Vielzahl an Broschüren und Büchern, mit denen eine Gegenöffentlichkeit zur Regierungspropaganda fachlich untermauert wurde. Nachdem es zunächst auf Initiative der BI Südheide als regelmäßige Publikation die Zeitschrift „Atommüll“ gab, kam ab Mai 1977 der „ATOM EXPRESS“, herausgegeben vom „Göttinger AK gegen Atomenergie“, dazu. Von letzterem wurden zu „allerbesten“ Zeiten 80 Exemplare in Stadt und Landkreis Celle verkauft. Neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden wurde die Arbeit der BI zum Teil durch den Verkauf von Broschüren und Zeitschriften finanziert.

Bis 1982 produzierte die BI eigenständig mindestens 70 Flugblätter; und das auf einer eigenen Druckmaschine. Verteilt wurde in Auflagen zwischen 750 – 2500 Exemplaren in der Altstadt, vor Schulen und Fabriken.

Für viele der damaligen BI-Mitglieder dürfte es die intensivste Zeit politischer Arbeit gewesen sein – mit einem enormen Erfahrungsgewinn:

- 1.) Basisdemokratische Organisation funktioniert; alle können alles, wenn auch nicht alle alles gleich gut.
- 2.) Es kann gelingen, die Lügen von Staat/Politik bei der Durchsetzung gefährlicher Projekte zu entlarven.
- 3.) Demonstrationen und Massenmobilisierungen können einen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
- 4.) Der Staat reagiert gegen wirksamen Protest mit Repression. Aber: Solidarität kann die Auswirkungen auf Einzelne mindern.

Brokdorf, Grohnde, Kalkar

Das Jahr 1977 ist im historischen Rückblick dominiert durch die Auseinandersetzung zwischen RAF und Staat.



Für die politische Sozialisation zehntausender, vor allem junger Menschen aber waren die Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf (19.2.), Grohnde (19.3.) sowie in Kalkar (24.9.) von größerer Bedeutung. Erstmals seit den Jahren der Studentenbewegung gab es wieder Großdemonstrationen, die den Teilnehmenden ein Gefühl von Stärke und Wirkmacht vermittelten.

Aber es gab auch massiven medialen und polizeistaatlichen Gegenwind. So wehrte sich die BI im Frühjahr in zwei Flugblättern gegen die Berichterstattung in der Celleschen Zeitung und der BILD, die in der Bewegung „linke Chaoten“ und „Radaubröder“ am Werke sehen – und „Steinzeitmenschen“. Im März 1977 begann Jan Klugkist in der CZ einen Kommentar mit einem „Witz“:

„Zwei Steinzeitmenschen sitzen, mit Pfeil und Bogen bewaffnet, in ihrer Höhle und starren nach draußen, wo es regnet. Meint der eine Steinzeitmensch zu dem anderen: „Dass es jetzt schon seit vier Wochen regnet, liegt an unseren neuen Waffen.“

Die BI kommentierte: *„Wir sind keine „Steinzeitmenschen“, die mißtrauisch gegen alles Neue sind. Vielmehr sind wir fortschrittliche Menschen und abgeschlossen gegenüber neuen umweltfreundlichen Methoden der Energiegewinnung. Wir halten nicht an dem veralteten Atomenergieprogramm fest, das überlassen wir konservativen Politikern, die nicht mehr in der Lage sind, von dem einmal als gut erachteten abzuweichen, obwohl sich dieses als schlecht erweist.“*

Grohnde stilisierte die BILD zur „Schlacht“ und schrieb: *„Demonstranten kamen mit Beilen, Spießern, Rasiermessern, Sichel und Molotow-Cocktails.“* Die BI hatte im Flugblatt eine andere Sicht der Dinge:

„Grohnde ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Polizeistaat. Etwa 20000 Demonstranten marschierten mit Besetzungsabsichten zum Baugelände. [...] Am Baugelände kamen beide Parteien sogleich zur Sache. Die Polizei setzte sofort ihre Wasserwerfer ein und wir versuchten, den Zaun zu überwinden. Als der Zaun schon fast eingerissen war, marschierten starke Polizeiverbände auf. In Anbetracht dieser Polizeiarmerie zogen sich die Demonstranten zurück. Trotzdem wurden sie von der Polizei angegriffen (Durch Panzerwagen und berittene Polizisten). Die Demonstranten wurden zur Gegenwehr gezwungen und erst hierbei gab es zahlreiche Verletzte. Herr Albrecht versucht, die Demonstranten von Grohnde als Gewaltverbrecher und Kommunisten abzustempeln.

In unserer Serie über „Neue Soziale Bewegungen“ berichteten wir bereits über „Bürgerinitiativen gegen eine WAA und ein Atommüllendlager im Landkreis Celle“ (revista Nr. 34, April/Mai 2006) sowie „Der Gorleben-Treck 1979 kommt durch Hermannsburg und Celle / „Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann Feyndt wird“ “ (revista Nr. 42, März/April 2009). Beide Artikel stehen im revista-online-Heftarchiv zum Download. Die dort behandelten Themen werden hier nicht erneut ausbreitet.



Doch Platzbesetzungen sind ein Kampfmittel der Bürgerinitiativen.“

Zur Demonstration in Kalkar (24.09.) waren die Celler*innen bereits um 2 Uhr aufgebrochen. Unterwegs wurden sie sechsmal durch Polizei aufgehalten und „gefilzt“. In einem Flugblatt wird aufgeführt, was die Polizei bei einem Mitfahrer beschlagnahmte: *„1 Schutzhelm, 1 Spraydose, Schlauch mit 1 Liter Wasser, 1 Fläschchen Borwasser, 1 Kanister (leer), 1 Halstuch“.*

Die Spaltung der Bürgerinitiative

Ende Februar 1978 luden 11 Personen zu einer Neukonstituierung einer Bürgerinitiative zu einer Versammlung in den „Schifferkrug“ ein. Ihre Begründung: *„eine kleine Gruppe forderte bei jeder Gelegenheit stereotyp die Durchsetzung ihrer im Wesentlichen vom KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) bestimmten politischen Zielvorstellungen – die große Mehrheit blieb daraufhin aus Protest zunehmend allen Zusammenkünften fern [...] Jetzt ist daher eine klare Abgrenzung von dieser Restgruppe unaufschiebbar geworden“.*

Eine öffentliche Reaktion der BI hat es anscheinend nicht gegeben. In der Tat aber war in Celle der KBW unter den K-Gruppen die „Stärkste der Partei'n“ und versuchte in der BI, seinen Einfluss geltend zu machen. Das war gelegentlich, wie Zeitzeugen sich erinnern, nervig. Aber: Die komplette Sammlung der Flugblätter der Bürgerinitiative weist in keinem einzigen Absatz eine Nähe zu der ideologische Positionierung des KBW auf.

Die Bürgerinitiative zum Schutz vor Atomenergiegefahren blieb auch in den Folgejahren die dominierende Kraft vor Ort. Die Neugründung der „Unabhängigen Bürgerinitiative gegen Kernenergie-Gefahren“ bekam im Folgenden aber insoweit Bedeutung, als in ihr ein Gründungskern der Celler GRÜNEN versammelt war.

Kriminalisierung - Solidarität

Aus Anlass der Grohnde-Demonstration wurden im Jahr 1978 insgesamt 16 Personen wegen Landfriedensbruchs angeklagt. Neben einigen Freisprüchen und Geldstrafen wurden vier Personen zu Bewährungsstrafen verurteilt. Fünf AKW-Gegner wurden zu Haftstrafen ohne Bewährung zwischen 11 und 13 Monaten verurteilt. Im Januar 1979 reichte die Bezirksregierung Hannover dann noch eine Schadensersatzklage gegen 18 Grohnde-Demonstrat*innen ein. Sie sollten für angeblich entstan-



denen Schäden 233.926,08 DM bezahlen. Die Schadensersatzforderung wurde im Grundsätzlichen erst im Jahr 1984 durch den Bundesgerichtshof abgewiesen.

Die Bewegung verstand sehr gut, dass sich die Kriminalisierung gegen alle richtete. Die Losung war: „Angeklagt – wir alle.“ Die BI zeigte im Februar einen Film über die Grohnde-Demonstration und informierte über die Prozesse. Die Überschrift des einladenden Flugblatts lautete: „Was ist kriminell? Atomkraftwerke bauen oder sie verhindern“. In Hannover gab es am 25. Februar eine Soli-Demonstration mit rund 7.000 Teilnehmer*innen.

Gorleben-Treck nach Hannover

Am 14. März 1979 begann mit Flachbohrungen, übrigens durch die Firma Celler Brunnenbau, die Baugrunduntersuchung in Gorleben. Einen Monat zuvor hatte die Anti-AKW-Bewegung auf einer Konferenz mit 1.300 Teilnehmer*innen beschlossen, Ende März einen Treck aus dem Wendland nach Hannover zu starten. Zeitgleich veranstaltete dort die Landesregierung das sogenannte „Gorleben-Hearing“. Am 25. März startete der Treck in Gedelitz. Vier Tage später kam er durch Celle, wo die BI einen Kundgebung auf dem Großen Plan organisiert hatte, zu der rund 600 Teilnehmer*innen kamen. Auf einer Abendveranstaltung im „Allerkrug“ in Altencelle trat u.a. der Liedermacher Walter Mossmann auf. Und dort schon machte die Nachricht die Runde, dass es im AKW Three Mile Island im US-amerikanischen Harrisburg einen GAU gegeben hatte. Dies mag Vielen den letzten Anstoß gegeben haben, denn: Am 31. März 1979 kamen



Foto: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

rund 100.000 Menschen nach Hannover. (Am 14. Oktober 1979 versammelten sich dann in Bonn erneut über 100.000 AKW-Gegner*innen.)

Im Mai gab die Landesregierung den Verzicht auf den Bau einer WAA bekannt, am End- und Zwischenlager in Gorleben aber wurde festgehalten. Die BI sah hierbei vor allem Taktik, Ministerpräsident Albrecht (CDU) halte damit alle Optionen offen: „Während das Zwischenlager den ersten Schritt zur Bau der WAA darstellt, löst es auch das gegenwärtige Problem der Zwischenlagerung von Uranbrennstäben aus jetzt im Betrieb befindlichen AKWs. Mit dem Bau eines Zwischenlagers wird daher auch der Weiterbetrieb und Ausbau von AKWs sichergestellt.“ (Flugblatt vom Juni 1979)

Die Lichter gehen nicht aus

Bundeskanzler Schmidt (SPD) betonte in einer Regierungserklärung „die Unverzichtbarkeit von Kernenergie in den nächsten Jahrzehnten.“ Die BI fragte: „Gehen ohne Atomstrom und Öl die Lichter aus?“ Anhand offizieller Angaben der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke belegte die BI, dass die Spitzenlast am kältesten Wintertag einen Stromverbrauch von 47.000 MW betrug. Auch ohne Öl und Atomenergie waren aber Stromerzeugungskapazitäten von 62.300 MW vorhanden. In dem Flugblatt wird weiter auf die Möglichkeiten von Bioenergie verwiesen: neben tierischen und pflanzlichen Abfällen wird argumentiert, dass „beim Anbau von Lupinen (Leguminosen) auf 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ca. 10.000 MW [...] in Methanwerken freigesetzt“ werden könnten. Weiter wurde auf neue Energiequellen hingewiesen: „Sonnenenergie, Windenergie, Erdwärme“. Kritisiert wurde, dass 40 % des Stromverbrauchs zu Heizzwecken verwendet würde (Nachtspeicherheizungen). Diese Argumentation wurde in den Folgejahren jeweils mit aktualisierten Zahlen wiederholt.

Gorleben soll leben

In Norddeutschland rückte zunehmend Gorleben ins Zentrum der Aktivitäten. Im Januar 1980 listete die BI die von der Atomindustrie geforderten Infrastrukturmaßnahmen auf; Titel des Flugblatts: „Umweltzerstörung bereits vor Bau des Atommüllzentrums“. In einer Diskussionsvorlage der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) war u.a. Folgendes vermerkt: „Um einen schnellen und sicheren Transport zu gewährleisten, sind in Uelzen, Lüneburg und Celle Ortsumgehungsstraßen erforderlich.“ Statt des Transports abgebrannter Brennelemente auf der Straße wurde später bekanntlich die Bahn zur ersten Wahl.

Anfang Mai informierte die BI über die Bohrplatzbesetzung in Gorleben und den Beginn der „Freien Republik Wendland“:

„Am 3. Mai haben nun 5000 AKW-Gegner den Bohrplatz besetzt. Die Besetzung ist Ausdruck des lokalen Widerstands. Ihre Stärke ist das gemeinsame Handeln örtlicher und auswärtiger Initiativen. Mit der Besetzung werden folgende Forderungen gestellt: Einstellung aller

Bohrarbeiten in Gorleben und anderswo, denn es sind Bauarbeiten! Kein Zwischenlager in Gorleben, denn es ist die erste Baustufe des Wiederaufbereitungszentrums! Einstellung jeder weiteren Atommüllproduktion und Ablösung der Atomenergie durch menschengerechte Energie!“

Nach der Räumung am 4. Juni riefen die Bürgerinitiative, Die Grünen, die Jusos und Studenten der Theologischen Akademie in Celle zu einem Schweigemarsch auf; im Flugblatt wird die Räumung so kritisiert:

„Bei der Räumung befanden sich rund 2000 Atomkraftgegner sitzend auf dem Dorfplatz, um diese zu verhindern. Die Polizei und der BGS demonstrierten ihre Stärke mit Hubschrauberstaffeln, Wasserwerfern, Schützenpanzern, Hunde- und Reiterstaffeln. Obwohl sich die Platzbesetzer passiv verhielten, gingen einzelne Polizisten mit Schlagstöcken gegen sie vor. Hierbei kam es auf Seiten der Demonstranten zu Verletzten. Wohin soll es führen, wenn Polizei und BGS das Atomprogramm gegen große Teile der Bevölkerung durchsetzen?“

Die dann im Oktober 1980 stattfindende Bundestagswahl war geprägt von der Kanzlerkandidatur von Franz-Josef Strauß, was mit dazu beitrug, dass die Grünen bei ihrer ersten Kandidatur nicht über 1,5 % hinauskamen.

Brokdorf – Polizeistaat

Nachdem am 6. Februar 1981 nach vierjährigem faktischen Baustopp in Brokdorf die Arbeiten wieder aufgenommen waren, mobilisierte die Anti-AKW-Bewegung zu einer Großdemonstration am 28. Februar. In einem eigenen Flugblatt mit der Überschrift „Warum wir Brokdorf verhindern werden“ wurden im wesentlichen zwei Argumente genannt: Das AKW würde „gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung gebaut“, und: „Es ist nicht geklärt, was mit dem Atommüll, den Brokdorf und andere AKWs produzieren, passieren soll.“

Rund 100.000 Menschen machten sich auf den Weg. Die BI Celle fuhr mit einem Reisebus, etlichen PKW und insgesamt gut 100 Leuten schon um 4 Uhr los. Trotzdem erreichten nicht alle den Bauplatz. Die Demonstration war verboten und mit 20-30.000 Beamten erlebte die Republik den bis dahin größten Polizeieinsatz. Hier ein Bericht eines Celler Augenzeugen, veröffentlicht in einem Flugblatt von Anfang März:

„Ich kam gegen 16.20 Uhr am Bauplatz an. An der rechten Seite des Bauzauns ist gerade ein kleines Grüppchen, das den Bauzaun angreifen wollte, mit Wasserwerfern von der Bullerei abgewehrt worden. Ich ging weiter nach rechts (Osten) auf einem parallel zum Bauzaun gelegenen Weg. Das Feld zwischen dem Weg und dem Bauzaun war etwa 80 m breit und wurde andauernd von der Polizei mit Tränengasgranaten beschossen. [...] Einige warfen Tränengasgranaten wieder zurück auf die andere Seite oder schlugen sie auch wie beim Baseball mit Schlägern zurück. [...] Es war jedem klar, daß ein Angriff auf den Bauzaun fehlschlagen müsse. Gegen 17 Uhr riefen Lautsprecherwagen und einzelne Leute mit

26. Jan. 1981

bürgerinitiative celle
zum schutz vor atomenergiegefahren



VIDEO-FILME

Tschaden die Filmveröffentlichung der Bürgerinitiative in Brokdorf („Paul Jacobs und die Korbhunde“) auf erfreulich großes Interesse gestoßen ist, werden wir in den nächsten Wochen weitere Filme zeigen. Diese listet der Widerstand gegen Atomlagen von 1975-80. So wird die Auseinandersetzung an verschiedenen Standorten dokumentiert.

ANTI-AKW-BEWEGUNG 1975-80

3.2.	18 ⁰⁰	LIEBER HEUTE AKTIV, ALS MORGEN RADIOAKTIV <i>Was passiert, wenn der Reaktor aus dem Rast geht?</i>
10.2.	19 ⁰⁰	VOR ORT: BROKDORF <i>Aufnahmen der Bauarbeiten in der Atomstadt Brokdorf</i>
17.2.	18 ⁰⁰	REPUBLIC FRIES WENDLAND <i>Was ist das Leben und die Arbeit der Arbeiter in der Atomstadt Brokdorf?</i>
	19 ⁰⁰	ZWEI KOHLTÜRME FÜR EIN HALLELUJA <i>Was ist das Leben und die Arbeit der Arbeiter in der Atomstadt Brokdorf?</i>
24.2.	19 ⁰⁰	GORLEBEN - TRECK <i>Was ist das Leben und die Arbeit der Arbeiter in der Atomstadt Brokdorf?</i>
33.	19 ⁰⁰	REPUBLIK FRIES WENDLAND <i>Was ist das Leben und die Arbeit der Arbeiter in der Atomstadt Brokdorf?</i>
10.3.	19 ⁰⁰	REPUBLIC FRIES WENDLAND <i>Was ist das Leben und die Arbeit der Arbeiter in der Atomstadt Brokdorf?</i>
12.3.	20 ⁰⁰	DAS URAN GEHÖRT DER REGENBOGENSCHLANGE <i>Was ist das Leben und die Arbeit der Arbeiter in der Atomstadt Brokdorf?</i>

alle Filme im **HAUS DER JUGEND**, Infostr. (22)

Megaphon zum Rückzug auf. Gleichzeitig setzten Hubschrauber in Windrichtung (Osten) ca. zwei Hundertschaften aus. 5. Min. später wurden wir [...] von Hubschraubern angegriffen. Sie flogen etwa 10 bis 20 Meter über uns hinweg und warfen Tränengas ab. Die Luft blitzte auf und lila Gas sackte herab. [...] Ich sehe wie ein Hubschrauber hochfliegt, sich fallen läßt, und sich erst kurz über den Köpfen wieder abfängt. Die Leute kegeln weg wie Puffreis. BGS-Bullen hinterher. Sie schlagen nieder, was nicht weglaufen kann. Hubschrauber kommen, werfen Tränengas ab. Ich laufe zerrissen zwischen Ohnmacht und Wut.“

Die massive Polizeigewalt musste gerechtfertigt werden. Zwei Demonstranten, die sich in einem Wassergraben mit einem Polizisten geprügelt hatten, wurden wegen versuchten, gemeinschaftlichen Mordes angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt.

Für die norddeutsche Anti-AKW-Bewegung war die Demonstration von Bedeutung, weil sie trotz einer enormen Mobilisierung letztlich als Niederlage erfahren wurde. Viele Aktive – auch in der Celle Bürgerinitiative – zogen sich zurück. Nur noch ein harter Kern fuhr zu den Demonstrationen des Jahres 1982 in Gorleben, Kalkar und am Schacht Konrad. Im Jahr 1983 schlossen sich die verbliebenen Aktivist*innen mit autonomen AntiFas zur „Unabhängigen Initiative“ zusammen. Die Zeit der „Bürgerinitiative zum Schutz vor Atomenergiegefahren“ war vorbei. In anderen Organisationsformen fanden sich aber rund um Tschernobyl, später Gorleben/Castor und dann Fukushima in Celle schnell Menschen zusammen, die Protest gegen das Atomprogramm organisierten.



Kino 8 1/2 im Nov./Dez.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



17. und 18. November

Körper und Seele

Der introvertierte Finanzdirektor eines Schlachthofs und eine autistisch erscheinende Qualitätsprüferin erfahren durch Zufall von identischen Träumen, in denen sie als Hirsche durch einen friedlichen Wald wandeln. Diese Erkenntnis führt die beiden dazu, sich auch im Leben aufeinander zuzubewegen. Während der ältere Mann verdrängte Gefühlsregungen wachrufen muss, bemüht sich die Frau, dem ihr unbekanntem Phänomen der Liebe mit akribischem Studium gerecht zu werden. Eine subtil entwickelte Romanze in fein komponierten Bildern, die mit großer inszenatorischer Meisterschaft und hervorragenden Darstellern von einer allmählich wachsenden Leidenschaft erzählt. Voller bezaubernder Details spürt der Film dem Wesen der Liebe nach, wobei sich surreale Momente, skurriler Humor und einfühlsame Beobachtungen die Waage halten.

Ungarn 2017, Kinostart: 21. September 2017, 116 Minuten

03. und 4. November

Auguste Rodin

Im Jahr 1880 erhält der französische Bildhauer Auguste Rodin seinen ersten Staatsauftrag, wobei seine talentierte Schülerin und spätere Geliebte Camille Claudel ihn bei jedem künstlerischen Schritt begleitet. Mit der radikalen Absage des Künstlers an die Tradition stößt er zunächst auf den Widerstand des Kunstbetriebs. Das elliptische, äußere Höhepunkte meidende Porträt Rodins stellt das künstlerische Schaffen selbst ins Zentrum. Im Beziehungsdrama zwischen Rodin und Claudel zwar nicht ganz frei von erzählerischen Konventionen, gelingt gleichwohl eine höchst außergewöhnliche Beschreibung des Suchens nach einer künstlerischen Form.

Frankreich 2017, Kinostart: 31. August 2017, 121 Minuten

Mittwoch, 08. November, 19.30 Uhr

Das zweite Trauma – das ungesühnte Massaker von Sant'Anna di Stazzema

mehr auf S. 23, Eintritt frei

09. und 10. November

Eine fantastische Frau

- zu Gast an beiden Tagen: Kristina Schneider -

Der unerwartete Tod ihres älteren Partners konfrontiert eine junge chilenische Transgender-Frau mit der Verachtung der Gesellschaft. Während die Polizei ihr demütigende Fragen stellt, will die Familie des Toten sie mit Gewalt von der Beerdigung fernhalten. In die Außenseiter-Position gedrängt, sieht sie sich gezwungen, für ihr Recht auf Trauer zu kämpfen. Genau beobachtendes, kunstvoll aufgebautes Drama, das eine außergewöhnliche Nähe zu seiner brillant verkörperten Hauptfigur aufbaut. Ihr Kampf um Akzeptanz und das Recht auf ihre Trauer erscheinen realistisch und bewegend, während surreale Sequenzen und die Musik einfühlsam ihre Gefühlswelt widerspiegeln.

Chile 2017, Kinostart: 7. September 2017, 104 Minuten

Am Montag, 13. November, 19.30 Uhr, in „CinEspanol“ im Original mit deutschen Untertitel: Una Mujer Fantástica

24. und 25. November

Vorwärts immer!

Im Oktober 1989 versucht ein Ost-Berliner Theaterensemble mit einem gewagten Plan, einen angeblich von Erich Honecker erlassenen Schießbefehl bei der Montagsdemonstration zu revidieren. Inspiriert von Ernst Lubitschs Filmklassiker „Sein oder Nichtsein“ (1942), rekapituliert die Verwechslungs- und Verkleidungskomödie die letzten Tage der DDR. Das Klischee von der Biederkeit des Staatsapparats wird dabei so lustvoll ausgeschlachtet wie sich die Inszenierung durch historisch-moralische Bedenken nicht bremsen lässt, ihr komisches Potenzial auszuspielen. Mitunter geraten die Leichtigkeit und das Tempo der Komödie aber mit dem Ernst des Themas in Konflikt.

D 2017, Kinostart: 12. Oktober 2017, 98 Minuten

Donnerstag, 30. November, 19.30

Die guten Feinde Mein Vater, die Rote Kapelle und Ich

mehr auf S. 23, Eintritt: 5,00

01. und 02. Dezember

The Square

Der eloquente und attraktive Kurator eines Museums für moderne Kunst in Stockholm plant eine Ausstellung über die Utopie der gesellschaftlichen Fürsorglichkeit. Die Vorbereitungen werden durch Zwischenfälle gestört, die um die widersprüchlichen Rollen, die das postmoderne Subjekt in Alltag und Beruf zu spielen hat, sowie um die Dialektik von hohem politischem Anspruch und profanem Alltagshandeln kreisen. Die bissige, bisweilen auch selbstgefällige Satire pointiert die kaum aufzulösenden Widersprüche des Kunstbetriebs und des mit ihm verbundenen Milieus, vermeidet es aber nach Möglichkeit, sich selbst als einen Teil dieser Szene mitzudenken.

Schweden 2017, Kinostart: 19. Oktober 2017, 151 Minuten

Politik, Vorträge & Theater

Do., 02. November, 19.30

Code of Survival – Die geschichte vom Ende der Gentechnik

Zu Gast: Regisseur Bertram Verhaag
Braugasthaus Mühlengrund in Wathlingen, Eintritt frei

Mi., 08. November, 19.00

Wer hat Angst vorm Regenbogen? Sexuelle Vielfalt zwischen "Genderwahn" und Aufklärung

Referent: Kevin Rosenberger

Kevin Rosenberger (M.A.) ist Projektkoordinator des Modellprojekts "Akzeptanz für Vielfalt - gegen Homo-, Trans*- und Inter*feindlichkeit"

VHS Celle, Saal, Eintritt frei

Mi., 08. November, 19.30

Das zweite Trauma – das ungesühnte Massaker von Sant'Anna di Stazema

Dokumentarfilm von Jürgen Weber, der anschl. für Diskussionen zur Verfügung steht, mehr siehe S. 23

Kino achteinhalb, Eintritt frei

Do., 09. November, 14.30

Rundgang zu Celle im NS

Aus Anlass des Jahrestages der Reichspogromnacht bieten Reinhard Rohde und Tim Wegener ihren Stadtrundgang zur Geschichte Celles im Nationalsozialismus an.

Synagoge, Im Kreise, Gebühr: 6,00

Do., 09. November, 19.00

... und die Sprache auch im Fluchtgepäck! - Klare Worte kluger Frauen

Lesung mit Marie Dettmer mit musikalischer Begleitung von Simon Becker-Foss (Saxophon), Michael Cammann (Kontrabass)

Synagoge, Im Kreise 24

Fr., 10. November, 19.00

Nebenklageanwalt im NSU-Prozess Yavuz Narin wieder in Celle

Urbanus-Rhegius-Haus, Eintritt frei
mehr Infos siehe S. 21

Sa., 11. November, 12.05

Kundgebung: Fünf nach Zwölf – Klimaschutz jetzt

Veranst. Land in Sicht – Transition /LIST

Robert-Meyer-Platz

So., 12. November, 11.30

echt scharf- der Spiegel als Spielfeld Gemälde und Grafiken von Eberhard Schlotter

Eröffnung mit Daphne Mattern

Bomann-Museum, Kinosaal

Mi., 15. November, 19.00

BlackRock und Co. - wie sich das Finanzkapital die Welt zu eigen macht

Vortrag von Jens Berger, Nachdenkseiten; mehr Infos siehe S.

Kino achteinhalb - Veranst: Rosa Luxemburg Club, Eintritt frei

Fr., 17. November, 19.30

Andree Hesse liest „Der Diversant“

Stadtbibliothek, 10,00 – erm. 5,00

Mi., 22. November, 19.30

Wild Plants (Film)

Braugasthaus Mühlengrund in Wathlingen, Eintritt frei

Sa., 25. November, 20.00

Als Hitler das rosa Kaninchen stahl

Szenische Lesung mit Anke Engelsmann

Kunst & Bühne, Eintritt – s. S. 21

Di., 05. Dezember, 19.30

Deportation Class

Dokumentation über Abschiebungen
Kino achteinhalb, mehr S. 22

Veranst.: Land in Sicht – Transition /LIST, Eintritt: 5 Euro

Fr., 08. Dezember, 18.00

Rückkehr nach Afghanistan?

Referentin: Friederike Stahlmann ist Afghanistan-Spezialistin am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle (Saale)

Urbanus-Rhegius-Haus, Eintritt frei

Veranstalter sind der AK Ausländer und das Diakonisches Werk Celle

Sa., 09. Dezember, 19.00

Ausstellungseröffnung: WeltSpielzeug - Spielzeug-Kreationen von Kindern

Spielzeugkreationen aus Abfällen entstammen der Wanderausstellung der Hilfsorganisation PLAN und erzählen die Geschichte ihrer jungen Erfinder.

Bomann-Museum, Eintritt frei

So., 17. Dezember, 15.00

Literaturlinks – Buchvorstellungen im Rosa-Luxemburg-Club

Jede/r Teilnehmer*in darf seine/ihre Lieblingsbücher vorstellen – am besten eins aus dem Bereich Belletristik und eins aus dem Bereich Sachbuch. Dafür hat man/frau dann jeweils fünf Minuten Zeit und es geht abwechselnd und reihum.

DGB-Büro, Trift 16

Sa., 20. Januar, 15.30

Eröffnung der Ausstellung

"RWLE Möller - Künstler 1952-2001"

Ehrenhalle des Bomann-Museum

Konzerte & Partys

Sa., 04. November, 20.00

Marys Forbidden Dreams
MS Loretta

Hannes Bauer und sein Orchester
Gnadenlos
Kaffeegarten Sülze, AK ????

Mo., 06. November, 20.00

Graine Duffy
Herzog Ernst, Eintritt frei

Mick Thomas tourt mit Mark
"Squeezebox" Wally
Morlock, Eintritt frei

Do., 09. November, 20.00

Torsten Zwingenberger's Jazz
Quartett BERLIN 21
Hof Wiefeld, VVK 22,00

Fr., 10. November, 19.00

Dima Mondellos Jazzsyndicate
Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 10. November, 22.00

IndieHeroes proudly present:
Festivalparty - The ultimate Party
of Indie Music
CDK, AK 5,00

Sa., 11. November, 20.00

Jam Session
CRI – Gelände der CD-Kaserne

Birdeatsbaby
MS Loretta

Mo., 13. November, 20.00

White Cowbell Oklahoma
Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 17. November, 20.15

Naghash Ensemble mit
Songs of Exile: Credos & Convictions
Kreuzkirche, VVK 17,00 (im Café
Wichtig)

Sa., 18. November, 20.30

3PM
Morlock, Eintritt frei

Nacht der Trommeln
CDK, VVK ab 12,00

Mo., 20. November, 20.00

Josh Smith
Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 24. November, 20.00

Open Stage
CRI – Gelände der CD-Kaserne

Fr., 24. November, 21.00

Bosstime (Bruce Springsteen Tribute)
CDK, VVK ab 18,60

Fr., 24. November, 20.00

Northbound
Antikhof, Bröckel, Eintritt frei

Sa., 25. November, 20.00

SheOwl
MS Loretta

Fr., 01. Dezember, 20.00

Michy Reincke
CDK, VVK ab 28,50

Fr., 01. Dezember, 20.30

M.Kruppe
Eine musikalische Bukowski-Lesung
MS Loretta

Sa., 02. Dezember, 21.00

Sweety Glitter & The Sweethearts
CDK, VVK ab 21,90

Mi., 06. Dezember, 19.30

Nikolauskonzert der Big Band Celle
Kreistagssaal, Eintritt frei

Fr., 08. Dezember, 20.00

THE MÆNSION
Kaffeegarten Sülze, VVK 9,00

Fr., 08. Dezember, 20.30

Brother Grimm
MS Loretta

Sa., 09. Dezember, 20.00

Jam Session
CRI – Gelände der CD-Kaserne

Mo., 11. Dezember, 20.00

Tony Spinner
Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 16. Dezember, 20.30

Ester Poly
MS Loretta

Fr., 22. Dezember, 19.00

Oldtime Session
Kunst & Bühne, Eintritt frei

Mo., 25. Dezember, 21.00

Freedom - The Party
CDK, AK 6,00

Fr., 29. Dezember, 20.00

Rocktail – The Band
CDK, VVK ab 18,60

Sa., 29. Dezember, 18.00

Torfrock
CDK, VVK ab 29,00

Sa., 06. Januar, 20.00

The Keltics
CDK, VVK ab 18,00